

Unser Land, unsere Heimat.

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND · SCHLESWIG-HOLSTEIN



Wahl- programm

der AfD Schleswig-Holstein
für die Landtagswahl 2017

www.afd-schleswig-holstein.de

Alternative
für
Deutschland

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Präambel | 3 |
| 1. Demokratie und Grundwerte | 7 |
| 2. Innere Sicherheit..... | 8 |
| 3. Familie..... | 17 |
| 4. Bildung und Kultur..... | 19 |
| 5. Einwanderung, Integration und Asyl..... | 27 |
| 6. Gesundheit | 30 |
| 7. Wirtschaft | 32 |
| 8. Steuern und Finanzen..... | 35 |
| 9. Infrastruktur, Wohnen und Verkehr..... | 37 |
| 10. Energie | 42 |
| 11. Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft | 44 |
| 12. Schleswig-Holstein in Europa und der Welt | 54 |

IMPRESSUM

Alternative für Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein
Vorsitzende: Dr. Bruno Hollnagel / Jörg Nobis
Walkerdamm 1– 24103 Kiel
Telefon: 0431-385 500 10
geschaeftsstelle@afd-schleswig-holstein.de

Für unsere Art zu leben – für unser Land

Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren und wurde von Gezeiten, Wetter und den Menschen geprägt: den Menschen, die hier seit Generationen leben. Sie sind bodenständig, ehrlich und zu packend. Sie stehen dem Leben offen gegenüber und fühlen sich ihrem Land verbunden. Die Geschichte Schleswig-Holsteins ist so reichhaltig wie die nordische Natur, mit ihren Knicklandschaften, den leuchtenden Rapsfeldern und den Wolkenbergen vor stahlblauem Himmel. Davon zeugen jahrtausendealte Megalithgräber, untergegangene Handelsplätze und die ehrwürdige Hansestadt Lübeck.

Doch die Zukunft unseres Landes und der innere Friede sind bedroht. Die weiter schwelende Eurokrise, die misslungene „Energiewende“, die Einwanderungskrise aus dem islamischen Raum, die Vernachlässigung von Familien, Bürgerrechten und öffentlicher Infrastruktur sind die Folgen politischen Versagens und bedeuten für Schleswig-Holstein erhebliche Belastungen.

Die derzeitige Landesregierung setzt diesen Fehlentwicklungen nichts entgegen. Sie ist für die Probleme des Landes mitverantwortlich. In ihrem Namen werden die weiten Horizonte unseres Landes durch immer größere Windparks verbaut. Ideologisch verblendet unterstützt sie begeistert eine Politik, die sich all ihrer Überzeugungen entledigt hat. Inszenierte Scheindebatten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sogenannten „Volksparteien“ mittlerweile wie eine Einheitspartei auftreten. Zukunftsweisende Visionen, wie unser Land in 15 bis 20 Jahren aussehen soll, was wir tun müssen, um das Lebensmodell Familie wieder attraktiv zu machen, wie wir Zuwanderung zum Wohle unseres Landes gestalten und wie wir unsere Demokratie weiterentwickeln, liefern die Altparteien nicht.

Die Alternative für Deutschland stellt sich dem Einheitsbrei der alten Parteien entgegen und bekennt sich als Bürgerpartei aus der Mitte des Volkes zu unseren Grundwerten, die im Lauf der Geschichte gegen etliche Widerstände erkämpft und verteidigt wurden. Sie entsprechen der Denk –und Lebensweise der Menschen unseres Kulturkreises. Dem ideenlosen „Weiter so!“ setzen wir ein gesundes Selbstbewusstsein, Bürgersinn und Heimatliebe entgegen. Wir sagen „Ja!“ zur Hoheit über die eigenen Grenzen, zur Einhaltung von Recht und Ordnung, zur Meinungs- und Redefreiheit.

Wir wollen mehr direkte Demokratie, ideologiefreien Realismus und wirtschaftliche Vernunft. Mit diesem Selbstverständnis treten wir an, um die Interessen der Schleswig-Holsteiner in den Mittelpunkt aller Politik im Lande zu stellen. Wir geben dem Bürgertum, das gegen seine schleichende Abschaffung aufbegehrt, eine Stimme und erteilen den Berufspolitikern in Kiel eine Absage für ihre Politik. Ein Hauptziel unserer jungen Partei ist die Veränderung der politischen Kultur in unserem Land, denn weite Bereiche der öffentlichen Diskussion sind mit roten Linien und Tabus belegt. Ein Meinungskartell aus

etablierten Parteien, Medien, Kirchen und Gewerkschaften verhindert offene und belebende Debatten. Mit ihren Beschimpfungen Andersdenkender haben sich die Altparteien auf ein Niveau begeben, das der demokratischen Kultur unseres Landes schadet. Wir fordern eine Rückkehr zu politischem Anstand und wollen das Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt sehen. Dort wo die Bürger nicht mehr über ihre kulturelle Identität und den Weg ihres Landes in die Zukunft mitbestimmen dürfen, entstehen Misstrauen und Ablehnung. Wir fordern mehr direkte Demokratie und sind der Meinung, dass die Bürger knapp 100 Jahre nach Ausrufung der ersten Republik mündig genug sind, um in Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild an ihrer Demokratie mitzuwirken. Die Hürden für Volksabstimmungen sind auf kommunaler, wie auf Landesebene so abzusenken, dass unsere erstarnte Demokratie durch die Mitsprache der Bürger wieder mit Leben erfüllt wird.

Die Alternative für Deutschland hat aus der Geschichte gelernt und bekennt sich zu unserem gesamten historischen Erbe. Darum sagen wir: „Wehret den Anfängen!“. Politisch korrekte Einheitsmeinungen sind das Gegenteil von demokratischer Vielfalt. Denn hinter den abgedroschenen Phrasen von Toleranz, Offenheit und Willkommens-Kultur steckt knallharte Multikultildeologie, die zu Ende gedacht die kulturelle Selbstaufgabe bedeutet. Das Ergebnis der mangelnden Selbstachtung ist die Verherrlichung des Fremden, während das Eigene, die Heimat und das Festhalten an unseren Werten als altbacken abgetan und unter Generalverdacht gestellt wird. Die Altparteien führen rückwärtsgewandte Diskussionen und sind nicht fähig, aus dem Schatten der Vergangenheit herauszutreten. Sie konzentrieren sich bei der Betrachtung unserer Geschichte auf zwölf Unglücksjahre und vergessen dabei Jahrhunderte an historischer und kultureller Leistung. Damit halten sie uns in einer unfruchtbaren Selbstblockade gefangen, die unsere Zukunft verhindert.

Die jetzige Massenzuwanderung – von Grün-Rot ideologisch vorbereitet und von der CDU vorangetrieben - bringt das stabile soziale Gefüge unserer Demokratie ins Wanken. Die Altparteien erkennen den gesellschaftlichen Sprengstoff nicht, der sich aus der Umverteilung des Wohlstandes innerhalb Europas und der ungezügelten Masseneinwanderung aus dem islamischen Raum ergibt. Die unweigerlichen Folgen sind ein Zusammenbruch der Sozialsysteme, soziale Unruhen und schon jetzt schwerste Gefährdungen der inneren Sicherheit. Keine der islamisch geprägten Gesellschaften ist als Rechtsstaat verfasst, eine Trennung von Staat und Religion gibt es nicht. In vormodernen Strukturen aufgewachsen, ist eine Vermittlung und unbedingte Akzeptanz unserer Kultur –und Werteordnung aufgrund der schieren Zahl an Einwanderern utopisch. Grüne, SPD und die CDU tragen die Verantwortung für die wachsenden Parallelgesellschaften in deutschen Städten. Diese liefern den traurigen Beweis, dass der Versuch, unsere pluralistische Lebensweise zu vermitteln, großflächig gescheitert ist.

Dem setzt die Alternative für Deutschland das klare Bekenntnis zu Schleswig-Holstein als Heimat der Einheimischen und gut integrierten Einwanderer entgegen. Wir reichen denjenigen, die sich zu unseren Werten bekennen, freundschaftlich die Hand.

Wir fordern jedoch auch die Einhaltung geltenden Rechts und daraus folgend die unverzügliche Beendigung der Masseneinwanderung religiös geprägter, nicht integrierbarer Menschen in unser Land. Die AfD besteht darauf, dass es die Kernaufgabe einer souveränen Nation ist, selbst zu bestimmen, wer die Grenzen überschreitet und wer sich dauerhaft innerhalb dieser Staatsgrenzen niederlässt. Grenzkontrollen und Grenzzäune sind hierbei notwendige Hilfsmittel, um hoheitliche Rechte und staatliche Verantwortung durchzusetzen.

Verantwortungsvolle Bürgerlichkeit und Werteorientierung beginnen schon in Kindergarten und Schule. Die AfD wendet sich strikt gegen die Manipulation unserer Kinder durch Frühsexualisierung und ideologische Beeinflussung. Die Familie aus Vater, Mutter und Kindern ist keine Randerscheinung, sondern die Basis der Demokratie und für uns das anzustrebende Ideal. Wir machen niemandem Vorschriften, wie er oder sie glücklich werden sollen - wir alle sind in der Gestaltung unserer Lebensentwürfe frei. Die AfD steht für ein freiheitliches, humanistisches Menschenbild, nach dem jeder Mensch seines Glückes Schmied ist. Deshalb werden wir Entscheidungen im Bildungs- und Erziehungssektor in Schleswig-Holstein auch weiterhin wachsam begleiten, Irrwege aufzeigen und zu verhindern suchen.

Aus diesem bejahenden Menschenbild heraus lehnen wir das Gender Mainstreaming als ideologische Bevormundung wider die Natur kategorisch ab. Hinter dem grün-roten Kampf gegen eine allgegenwärtige „Diskriminierung“ steht das ideologisch motivierte Vorhaben, die tragenden Stützen der Gesellschaft - gewachsene familiäre Bindungen und die natürlichen Eigenschaften von Mann und Frau - zu relativieren. Dem marktconformen, gleichgeschalteten Konsumenten des Globalisierungszeitalters steht dann nichts mehr im Wege. Die Folgen dieser menschenverachtenden Ideologie sind starre Frauenquoten, Abertausende von „Gleichstellungsbeauftragten“ und staatliche Dauerpropaganda für verschwindend kleine sexuelle Minderheiten. Nur aus der Verbindung zwischen Mann und Frau entstehen Kinder als Nachkommen unserer Gesellschaft. Der Schutz und die Förderung von Familien haben für die AfD höchste Priorität, weil wir unser Volk nicht aufgeben werden. Es ist ein Irrweg, darauf zu setzen, dass der schon lange anhaltende Geburtenrückgang unter Deutschen durch kulturfremde Zuwanderung ausgeglichen werden kann. Neben einer begrenzten und nach Kriterien gesteuerten Einwanderung ist es daher vor allem notwendig, die Lebensbedingungen junger Menschen in unserem Land zu verbessern.

Im Bereich der Wirtschaft will die AfD den Mittelstand, der das Rückgrat unseres Wohlstandes bildet, von den unzähligen bürokratischen Zertifizierungen und Überregulierungen befreien, weil sie Arbeitskraft und Finanzmittel binden. Landespolitik muss die Wirtschaft fördern und nicht als deren Zuchtmeister auftreten. Wir fordern das Ende der Russland-Sanktionen, weil sie unseren Bauern im Land massiv schaden und das weitere Sterben von Bauernhöfen in der Region fördern.

Mit der kopflosen „Energiewende“ wurde eine Energiepolitik, die sich bislang durch Versorgungssicherheit, Netzstabilität und Bezahlbarkeit auszeichnete, auf eine ideologisch gewollte Schaukelversorgung umgestellt. Nie zuvor war die Zahl an Regeleingriffen zum Schutz der Stromnetze so hoch wie heute. Die grünen Lobbyisten des öko-industriellen Komplexes verkehren den biblischen Spruch, „der Mensch mache sich die Erde untertan“, in sein Gegenteil und betreiben den Windkraftausbau bis hin zur Naturzerstörung. Die Rechnung für diesen hoch subventionierten Wahnsinn bezahlen die Bürger, die für eine Kilowattstunde heute doppelt so viel zahlen wie noch vor wenigen Jahren.

Die Alternative für Deutschland bekennt sich in Schleswig-Holstein zu unserer liberalen, selbstbewussten und wertorientierten Lebensart. In einer automatisierten und stark vernetzten Welt führen wir beständige Werte, die von den Altparteien entsorgt wurden, wieder in das öffentliche Bewusstsein zurück, weil sie für das Leben der Schleswig-Holsteiner Verlässlichkeit und Orientierung bieten. Als bürgerliche Partei der Mitte wollen wir nicht zurück in eine diffuse Sozialromantik. Als Schleswig-Holsteiner wollen wir die Zukunft unseres schönen Landes werteteleitet in eigenem Interesse gestalten. Für unsere Art zu leben. Für unser Land!

Für unser Land!



1. DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE

Freie Bürger - keine Untertanen. Direkte Demokratie jetzt!

Das offenkundige Versagen der politischen Führung unseres Landes in dem derzeitigen Ausmaß wäre nicht möglich, gäbe es eine starke Bürgerbeteiligung, welche die Parteien besser kontrolliert.

Die AfD Schleswig-Holstein strebt weg von der absoluten Parteienherrschaft hin zu einer direkten Demokratie mit Bürgerbeteiligung nach Schweizer Vorbild. Parteien sollen an der politischen Willensbildung mitwirken, sie aber nicht beherrschen. Wir wollen die Macht der alten Parteien einschränken, deren Kontrolle durch das Volk stärken und mit aktiver Bürgerbeteiligung unsere gemeinsame Zukunft gestalten. Die Bürger Schleswig-Holsteins müssen auch zwischen den Wahlen die Möglichkeit haben, aktiv und auf Sachfragen bezogen ihre Meinung äußern zu können. Diese Abstimmungen müssen politisch bindend sein. Das Volk hat das Recht und ist mündig genug, direkt am politischen Prozess mitzuwirken. Die AfD Schleswig-Holstein möchte deshalb die Elemente direkter Demokratie stärken und die Verfahren für Volksentscheide vereinfachen:

Parteien können im Landtag bereits dann einen Gesetzentwurf einbringen, wenn sie eine Fraktion gebildet haben, also mindestens fünf Prozent der Wähler vertreten. Die AfD fordert für die Bürger das gleiche Recht. Die nötige Beteiligung für Volksentscheide soll daher auf fünf Prozent der Wähler bei der letzten Landtagswahl gesenkt werden. Aufgrund der negativen Demographie wollen wir die Anzahl der Unterstützerunterschriften für die Durchführung eines Volksentscheides auf 50.000 reduzieren. In Fragen von Verfassungsrang fordern wir auch auf Landesebene obligatorische Referenden.

Das Land Schleswig-Holstein soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Volksbegehren, Volksentscheide und weitere Mittel der direkten Demokratie auch auf Bundesebene leichter durchgeführt werden.

Konsequente Herstellung der Rechtsstaatlichkeit

Die fortwährende Verletzung geschlossener Verträge und Vereinbarungen ist für uns nicht hinnehmbar. Beispielhaft steht hierfür der Stabilitätspakt, der u.a. von Deutschland nicht eingehalten wird. Auch die im Vertrag von Maastricht vereinbarte „No-Bail-out-Klausel“ wurde gebrochen. Daneben stellen die Rettungsschirme eine unzulässige Kollektivhaftung der Mitgliedstaaten dar.

Werden diese Vertragsverletzungen nicht im Zuge einer umfassenden Reform der EU zurückgenommen, fordern wir den Ausstieg aus dem Euro-Verbund. Kritiker befürchten, eine neue, starke D-Mark würde unsere Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Wir verweisen hingegen auf die Tatsache, dass Deutschland trotz einer starken D-Mark wirtschaftlich florierte.

2. INNERE SICHERHEIT

Für mehr Sicherheit und eine wirksamere Verbrechensbekämpfung

Die AfD Schleswig-Holstein fordert, dass die Strafgesetze endlich wieder konsequent angewendet und Justiz und Polizei mit den notwendigen rechtlichen, personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie.

Die derzeitige Landesregierung hat durch ihre Kürzungspolitik bei Justiz und Polizei, ihr Wegsehen bei der Kriminalitätsentwicklung, sowie ihre falsche Einschätzung der Zuwanderungsproblematik schwerwiegende Versäumnisse bei der Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit zu verantworten. Nicht nur das subjektive Bedrohungsgefühl der Bürger hat zugenommen, wie oft beschwichtigend behauptet wird: Die Kriminalitätsstatistiken belegen objektiv, dass der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist.

Überlastete Polizei und Justiz, rechtsfreie Räume, Parallelgesellschaften und die Empfehlung der Politik, Türen und Fenster besser gegen Einbruch abzusichern, sind ein Offenbarungseid unserer Regierung. Eine Rechtsprechung mit dem Schwerpunkt Täterschutz statt Opferschutz ist ein weiteres Ergebnis einer unverantwortlichen Politik. Straftaten aufgrund religiöser und ethnischer Konflikte werden nur äußerst unzureichend rechtlich verfolgt.

Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten

Die AfD fordert einen Vandalismus-Paragrafen im Strafgesetzbuch, damit eine bessere Ahndung solcher Delikte ermöglicht wird. Die gegenwärtige Rechtslage gilt es, auf den Prüfstand zu stellen und ggf. den Straftatbestand der Sachbeschädigung vom Antrags- in ein Offizialdelikt zu erheben.

Innere Sicherheit bedeutet auch, die Unversehrtheit der Städte, der Gebäude und Geschäfte, der Passagen und Bahnhöfe als Orte des öffentlichen und privaten Lebens zu gewährleisten. Sachbeschädigungen, insbesondere auch an öffentlichen Gebäuden, sind konsequenter als bisher zu verfolgen und strenger zu ahnden.

Einbrechern das Handwerk legen

Die AfD fordert eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Polizeibeamten im Streifendienst, sowie den Kriminalpolizeidienststellen. Zudem müssen die vorhandenen Quellen und Daten den Ermittlungsbehörden schneller und effizienter zur Verfügung gestellt werden. Ermittlungsbehörden und Polizei sind auch technisch auf den aktuellen Stand zu bringen.

Die Bürger in Schleswig-Holstein sollen sich in ihrem Zuhause wieder sicher fühlen können. Wohnungseinbrüche kann wirkungsvoll durch verstärkte polizeiliche Präsenz vor Ort, kürzere Reaktionszeiten,

technisch und personell besser ausgestattete Ermittlungsbehörden, die intensivere Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs und die bessere Nutzung vorhandener Daten wirkungsvoll begegnet werden. Die Einbruchskriminalität weist in Schleswig-Holstein einen massiven Anstieg auf, zugleich sinkt die Aufklärungsquote auf einen historischen Tiefpunkt. Dies belegt, dass die momentan verfügbaren personellen Ressourcen und Mittel unzureichend sind. Verkehrsüberwachungsdaten (Maut, Verkehrsflussdaten usw.) sollen jedoch nur unter Richtervorbehalt zur Verbrechensaufklärung genutzt werden können.

Ausländische Banden wirksam bekämpfen

Die AfD fordert Maßnahmen zur Steigerung der Aufklärungsquote von Straftaten. Dies gilt insbesondere für die Einbruchskriminalität, die durch Banden aus dem Ausland verursacht wird.

Die Zahl der Eigentumsdelikte - vor allem der Wohnungseinbrüche - ist durch reisende Tätergruppierungen in Schleswig-Holstein sprunghaft angestiegen. Bei der Bekämpfung dieser ausländischen Banden kommt – neben verstärkten Kontrollen an den Grenzen und der besseren Zusammenarbeit mit den Behörden der Herkunftsländer – der Nutzung aller verfügbaren Daten eine wesentliche Rolle zu. Dazu muss die Gesetzgebung entsprechend angepasst werden, wobei auf den Datenschutz der rechtstreuen Bürger Rücksicht zu nehmen ist.

Schwerstkriminalität und Kinderpornografie konsequent bekämpfen

Die AfD setzt sich dafür ein, effektiver gegen Schwerstkriminalität und Kinderpornografie anzugehen. Dies erfordert weitreichende gesetzliche Regelungen.

Dazu gehört, dass Daten von Verdächtigen über einen längeren Zeitraum, z.B. auch bei den privaten Telefon- und Internetfirmen, gespeichert werden können, um im Einzelfall und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze - wie dem Richtervorbehalt – für Ermittlungszwecke verwendet zu werden. Mafiöse Strukturen, Familien-Clans, Rockerbanden und andere Gruppierungen stellen den Rechtsstaat in Frage. Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, Zwangsprostitution, Diebstähle, Raubtaten und Körperverletzungen bis hin zum Mord sind inzwischen an der Tagesordnung. Konspiration und Abschottung sind Kennzeichen der organisierten und der politisch motivierten Kriminalität sowie von pädophilen Straftätern. Mit herkömmlichen Mitteln ist der Polizei ein Zugang in diese Kreise nahezu unmöglich. Bei der Datenspeicherung werden bei den Providern Informationen darüber aufbewahrt, wer wann mit wem telefoniert oder E-Mails geschrieben hat. Mit diesen Daten können Täterstrukturen erkannt, Bewegungsprofile erstellt und Beweismittel länger erhoben werden. Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

Kriminalstatistik reformieren

Die AfD tritt dafür ein, dass die polizeiliche Kriminalstatistik eine Differenzierung von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund zulässt. Damit sollen Prävention wie auch Integrationsmaßnahmen verbessert werden.

Erfolgreiche Integration beugt Straftaten vor. In Deutschland leben Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei vielen von ihnen ist eine Integration erfolgreich verlaufen, bei einigen ist sie jedoch

noch nicht abgeschlossen, bei etlichen hat sie noch nicht einmal begonnen. Wirkungsvolle Integration setzt dort an, wo sie am dringendsten benötigt wird, nämlich bei straffällig gewordenen Menschen mit Migrationshintergrund. Aus der polizeilichen Kriminalstatistik kann dieser Personenkreis bislang nicht oder nur eingeschränkt herausgelesen werden, da er in der Gesamtgruppe der Tatverdächtigen geführt wird. Nur eine polizeiliche Kriminalitätsstatistik, die alle relevanten Daten aufführt, kann als geeignetes Instrument bei der Strafverfolgung sowie bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen genutzt werden.

Extremismus bekämpfen

Die AfD Schleswig-Holstein ist gegen jede Form von Extremismus. Die Bekämpfung von islamisch motiviertem Extremismus, Links- und Rechtsextremismus alleine der Polizei und dem Verfassungsschutz zu überlassen, ist nicht ausreichend, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet und frei von ideologischen Aspekten angegangen werden.

Die Gesellschaft - insbesondere Jugendliche – muss sowohl über die Gefahren des islamischen, wie auch des Linksextremismus aufgeklärt werden, wie dies in den letzten Jahrzehnten bereits gegen den Rechtsextremismus praktiziert wurde.

Vereinigungen, die sich – in Form radikaler Hasspredigten oder durch die Verbreitung strafrechtlich relevanter Aufrufe – gegen das Grundgesetz und damit gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden, müssen von den zuständigen Behörden verboten und konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Die AfD fordert zudem, die Finanzierung gesellschaftlicher und sozialer Projekte einzustellen, denen eine Verbindung zum Extremismus nachzuweisen ist.

Effektiven Verfassungsschutz gewährleisten

Der Landesverfassungsschutz ist zur Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands effektiver zu gestalten als bisher.

Es ist zu prüfen, ob dies mit den bisherigen Strukturen zu erreichen ist oder ob die Ämter für Verfassungsschutz auf Landesebene mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer Behörde mit Außenstellen in den Bundesländern zusammengefasst werden sollten.

Dienst an unserem Land

Die Alternative für Deutschland in Schleswig-Holstein erkennt das Eintreten der Bürger für ihr Land als notwendige und ehrenvolle Pflicht an.

Die Bundeswehr, Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und die Sozialdienste werden von erheblichen Nachwuchssorgen geplagt, die durch sinkende Geburtenzahlen noch zunehmen werden. Im Notstands- oder Katastrophenfall ist die Sicherheit der Schleswig-Holsteiner nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Junge Menschen sollten daher wieder an den Dienst an unserem Land herangeführt werden und dafür auch praktisch eintreten. Auch die Bundeswehr soll wieder in das Zentrum der Gesellschaft zurückgeführt werden. Der Begriff des „Bürgers in Uniform“ soll wieder gelebte Tradition werden. Ohne die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft kann ein Einsatz im Inneren nicht funktionieren.

Dazu fordern wir:

- Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht oder ersatzweise eines Sozialdienstes als bewusstem Dienst am Land.
- Die finanzielle und ideelle Stärkung zivilen bürgerlichen Engagements und die Stärkung der Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten.
- Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren über die Streitkräfte. Das sollen sie weiterhin und ohne Beschränkung an Schleswig-Holsteins Schulen tun dürfen.
- Wir regen an, einen „Tag des Heimatschutzes“ einzuführen, an dem Bundeswehr, Feuerwehren, Polizei und THW über ihre Arbeit informieren.

Zudem ist mit dem Bund, den Ländern und den Kommunen ein Konzept der ganzheitlichen Sicherheitsvorsorge zu erarbeiten.

Spezialkräfte der Feuerwehr in das Brandschutzgesetz aufnehmen

Die AfD Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass Spezialeinheiten wie Feuerwehrtaucher und Höhenretter in das Landesbrandschutzgesetz übernommen werden, um ihnen Sicherheit durch Gesetzeskraft zu geben.

Das Feuerwehrwesen in Schleswig-Holstein hat eine lange ehrenamtliche Tradition. Daher ist es notwendig, neben der Anerkennung auch die Mittel sicher zu stellen, die unabdingbar für die Frauen und Männer der Feuerwehr sind. Neben normalen Einheiten wie dem Katastrophenschutz oder der Gemeindefeuerwehr sind hier auch die Sondereinheiten des Feuerwehrwesens zu unterstützen.

Mehr Polizei für mehr Sicherheit

Die AfD Schleswig-Holstein fordert eine deutliche Anhebung der Einstellungszahlen bei der Landespolizei. Für die Kompensation bestehender Fehlstellen, Pensionsabgängen und dem zusätzlichen Bedarf zur Erhöhung einer wahrnehmbaren Präsenz wird eine Anhebung der Neueinstellungen um 500 Planstellen jährlich für die kommenden fünf Jahre angesetzt. Die Einrichtung einer Hilfspolizei oder sog. Polizeihelfer lehnen wir strikt ab.

Garant der Inneren Sicherheit ist unsere Polizei. Gemessen an der Polizeidichte, d. h. der Anzahl der Polizeibeamten je Einwohner, befindet sich Schleswig-Holstein im Bundesvergleich jedoch auf einem der unteren Plätze. In unserem Bundesland ist ein Polizeibeamter für 401 Bürger zuständig, in Mecklenburg-Vorpommern kommen auf einen Polizisten dagegen nur 321 Einwohner.

Die Landespolizei Schleswig-Holstein weist aktuell eine personelle Unterdeckung von ca. 160 Stellen auf. Diese Fehlstellen machen sich in sämtlichen Bereichen der Landespolizei bemerkbar. Laut einer Planung des Innenministeriums von 2015 sollten weitere 122 Stellen wegfallen. Nun wird plötzlich eine jährliche Anhebung der Einstellungszahlen von 400 Beamten angestrebt. Doch dem akut bestehenden Personalangel wird hier keineswegs Abhilfe verschafft. Denn die Aufstockung der Einstellungszahlen wird frühestens in drei Jahren (Ausbildungszeit) einen messbaren Effekt erzielen. Dieser wird jedoch ruhestandsbedingt nahezu vollständig wieder eliminiert. Erst drei weitere Jahre später kann es eine spürbare Verjüngung des Personals sowie eine allmählich ansteigende Personalstärke geben.

Keine „Hilfspolizisten“

Die in anderen Länderpolizeien angestrebte und teilweise umgesetzte Ausbildung und Einstellung von Polizeikräften mit verminderter Ausbildungsdauer- und tiefe (sog. Polizeihelfer) wird durch die AfD Schleswig-Holstein strikt abgelehnt.

Der Polizeiberuf ist aufgrund seiner Bandbreite nicht im Rahmen einer Kurzzeitausbildung zu erlernen. Darüber hinaus wird die Sicherheitslage dadurch nicht verbessert. Zudem würde damit die Position der Polizei insgesamt in Bezug auf berechnete Forderungen nach besserer Besoldung, besserer Qualifizierung und Karrierechancen erheblich geschwächt werden. Ausgerechnet auf dem hochsensiblen Gebiet der Inneren Sicherheit würde ein Lohndumping zur Praxis.

Den Schutz der Polizeibeamten erhöhen

Die AfD Schleswig-Holstein fordert den Versuchsbetrieb sogenannter Bodycams und – bei positiven Ergebnissen – deren flächendeckende Einführung im Dienst. Ebenso ist eine generelle Verbesserung der Polizeiausrüstung notwendig. Die Strafandrohung bei tätlichen Angriffen und Beleidigungen gegen Polizeibeamte muss zudem verschärft werden.

„Bodycams“ werden an der Uniform getragen und zeichnen den Einsatzverlauf der Beamten auf. In bundesweiten Probeläufen hat dies dazu geführt, dass mit einer Kamera ausgerüstete Polizeibeamte kaum noch angegriffen wurden, während Beamte ohne Kamera unvermindert Opfer von Gewalthandlungen wurden. Der Kameraeinsatz wirkt deeskalierend, wenn potentielle Täter erkennen, dass sie aufgenommen werden. Zugleich bedarf es einer erweiterten und verschärften gesetzlichen Regelung, die den Polizeibeamten auch strafrechtlich gegen Beleidigungen und gewalttätige Angriffe schützt. Das Strafrecht muss hier dem Umstand Rechnung tragen, dass Polizeibeamte – genau wie das Justizpersonal - immer auch Repräsentanten des Staates sind und als solche besonderen Schutz genießen.

Polizei im Kampf gegen Terrorismus stärken

Die Landespolizei muss im Hinblick auf die neuen Anforderungen durch Bedrohungen wie etwa des islamischen Terrorismus auf zeitgemäße und angemessene Einsatzmittel zugreifen können. Die Einsatzkräfte sind daher mit Bewaffnung und Schutzausstattung nach militärischen Standards optional auszurüsten.

In der Landespolizei Schleswig-Holstein besteht aktuell eine flächendeckende Ausstattung mit ballistischen Schutzwesten für Kräfte des Präsenz- und Reaktionsdienstes. Diese Schutzwesten werden sukzessive mit einem Stichschutz nachgerüstet. Weiterhin werden Polizeibeamte aktuell mit einer sog. Überziehweste ausgestattet, welche die Schutzpakete sowie zusätzliche Ausrüstungsgegenstände aufnehmen kann. Dieser Standard wird durch die AfD Schleswig-Holstein begrüßt, gleichwohl ist dieser angesichts der neuartigen Bedrohungslagen wie z.B. durch islamisch motivierten Terrorismus nicht mehr ausreichend und zeitgemäß. Die AfD setzt sich daher für eine Anhebung und Ergänzung der polizeilichen Schutzausstattung um ballistische Schutzwesten der Schutzklasse 4 (Schutz gegen militärische Waffen), sowie entsprechende ballistische Schilde ein. Hier muss die Landespolizei zumindest im Zuge einer Dienststellenausstattung (im Gegensatz zur Mannausstattung) aufgerüstet werden.

Gleiches gilt für die Bewaffnung der Einsatzkräfte der Landespolizei. Aktuell wird in der Landespolizei Schleswig-Holstein flächendeckend eine Dienstpistole in zwei unterschiedlichen Ausführungen (Sig Sauer P6 oder Walther P99Q) verwendet. In den Dienststellen ist darüber hinaus die Maschinenpistole vom Typ Heckler & Koch MP 5 für etwaige Gefahrenlagen vorrätig. Vereinzelt steht auf den Dienststellen das veraltete Gewehr G3 zur Verfügung, eine flächendeckende Nutzung bei Terrorismuslagen ist indes weder durch Verfügbarkeit noch durch den vorhandenen Ausbildungsstand gewährleistet.

Hier fordert die AfD Schleswig-Holstein, die Landespolizei unverzüglich mit militärischen Waffen optional auszustatten. Das bislang bei der Bundeswehr genutzte Gewehr G36 wird dort ausgemustert und würde sich dafür eignen.

Als nichttödliche Waffe muss den Polizeibeamten zwingend eine Distanzwaffe zur Verfügung gestellt werden, die die Lücke zu den bisherigen Einsatzmitteln schließt. Hier fordert die AfD die Einführung des sog. Taser (Elektroschockwaffe), um bewaffneten und gefährlichen Tätern angemessen begegnen zu können, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen, bzw. den Täter mit tödlichen Waffen bekämpfen zu müssen.

Polizeibeauftragte abschaffen

Die AfD Schleswig-Holstein fordert die Abschaffung des Polizeibeauftragten im Landtag. Eine solche parlamentarische Stelle ist in der Sache unnötig und dokumentiert das Misstrauen der Landesregierung gegen die Landespolizei.

Die Ansiedlung eines Polizeibeauftragten beim Bürgerbeauftragten wirft rechtliche und fiskalische Fragen auf, die sachlich nicht schlüssig zu beantworten sind. Innerhalb der öffentlich-rechtlichen Strukturen der Polizeibehörden bestehen ausreichend rechtsstaatliche Instrumente, um eventuelles Fehlverhalten von Polizeibeamten ermitteln und ggf. sanktionieren zu können. Eine parlamentarische Kontrolle der Polizei wird in Schleswig-Holstein bereits durch den Innen- und Rechtsausschuss im Kieler Landtag ausreichend gewährleistet. Die Schaffung weiterer Institutionen ist auch vor dem Hintergrund eines ohnehin angespannten Haushalts mehr als fragwürdig.

Effektivität im Justizsystem wieder herstellen

Es bedarf dringend einer Entlastung unserer Justiz, damit sie sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren kann, keine Kompromisse machen muss und wieder Freude an ihrer Tätigkeit gewinnt. Die größte Entlastung der Justiz kann der Gesetzgeber bewirken.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle bestehenden Gesetze auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und alle nicht notwendigen Gesetze aufgehoben werden.

Ferner ist sowohl bei bereits bestehenden Gesetzen wie auch beim Erlassen neuer Gesetze stets darauf zu achten, wie sie so gestaltet werden können, dass sie gut justiziabel sind. Das bedeutet, Gesetze sollen einfache und klare Regeln enthalten, die nach Möglichkeit bereits vom Ansatz her Zweifelsfragen nicht aufkommen lassen und Entscheidungskriterien enthalten, die an leicht ermittelbare Umstände anknüpfen.

Die AfD versteht sich als die Partei des Rechtes und der Gerechtigkeit. Die Rechtsordnung in unserem

Land ist gegenwärtig kritikwürdig: Gesetze werden oft sehenden Auges nicht eingehalten, ohne dass eine Ahndung erfolgt. Hohe Ansprüche stehen in der Verfassung; der Bürger findet sie im täglichen Leben aber nicht verwirklicht. Viele Vorschriften regeln das Leben und schränken die Freiheit der Bürger ein; ihren Zweck aber erfüllen sie wenig. Wer sein Recht vor Gericht sucht, hat hohe Hürden zu überwinden und wird oft enttäuscht, oder erhält sein Recht erst dann, wenn es zu spät ist.

Schnellere Entscheidungen ermöglichen

Wir setzen uns ein für die zügige Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, moderner Mittel der Informations- und Kommunikationstechnik sowie dann möglicher Automatisierung von Geschehensabläufen.

Unser Justizpersonal soll sich auch auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Zu diesem Zweck sollte es von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden. Dies kann auch durch den verstärkten Einsatz moderner Technik geschehen. Verfahren könnten durchaus innerhalb der bestehenden prozessualen Ordnung rationalisiert und beschleunigt werden. Richter nutzen die bestehenden Möglichkeiten jedoch noch zu wenig.

Qualität untersuchen

Die AfD setzt sich dafür ein, unter Beachtung der Grundsätze richterlicher Unabhängigkeit richterliche Tätigkeit auf ihre Qualität hin untersuchen zu lassen und insbesondere typische Fehler bei der prozessleitenden und Entscheidungstätigkeit zu ermitteln und Vermeidungsstrategien zu entwickeln.

Dies könnte durch ein paritätisch aus Rechtswissenschaftlern und Richtern besetztes Qualitätskontrollgremium geschehen. Denn allein durch die Tätigkeit der Rechtsmittelgerichte finden keine ausreichenden Fehlerkorrekturen und keine Vermeidungsstrategien statt. Auch an neue Stellen in der Justiz ist zu denken, wenn anders ihre Entlastung und Qualitätssteigerung nicht zu erreichen ist.

Qualität der Ausbildung erhalten

Die AfD setzt sich dafür ein, in der Juristenausbildung als Regelfall an der Befähigung zum Richteramt als Ausbildungsziel festzuhalten.

Der derzeitige Trend zu demgegenüber eingeschränkten Lehrgängen, wie der Ausbildung zum Wirtschaftsjuristen, lässt Bedenken aufkommen, ob in Zukunft überhaupt noch ausreichend Nachwuchs für die Richterschaft vorhanden sein wird. Dem gilt es entgegenzusteuern.

Größere Realitätsnähe der Strafjustiz herstellen

Die AfD setzt sich für eine Gesetzgebung ein, welche Richter an Strafkammern in Städten von mehr als 50.000 Einwohnern verbindlich verpflichtet, jeweils eine Woche pro Jahr die örtlichen Polizeikräfte im Streifen- und Einsatzdienst zu begleiten.

Bei Strafverfahren wegen schwerer Gewalt und/oder Eigentumsdelikte fallen Urteile gegen Angehörige mancher ethnischer Gruppen oft unverhältnismäßig mild aus, was sowohl den Abschreckungseffekt der Strafverfolgung als auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Effizienz der Rechtspflege negativ beeinflussen muss.

Die AfD vermutet, dass diese Erscheinung u.a. auf die unzureichende Vertrautheit vieler Richter mit „der Realität der Straße“ zurückzuführen sein ist.

Die Justiz stärken

Die AfD Schleswig-Holstein fordert, dass die Arbeitsfähigkeit der Justiz durch angemessene personelle und materielle Ausstattung gestärkt wird, um vor allem Gewaltdelikten und organisierter Kriminalität entgegenzutreten zu können.

Die Haushaltspolitik muss die Voraussetzungen für eine effektive Justiz schaffen und darf sie nicht aushöheln. Durch die steigende Komplexität der Justizverfahren und den steten Personalabbau im Servicebereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind diese Institutionen kaum noch in der Lage, die ihnen übertragenen Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen. Überlange Strafverfahren mit zu milden Urteilen bis hin zu Entlassungen dringend tatverdächtiger Straftäter aus der Untersuchungshaft sind die Folge. Diese gefährden das Vertrauen der Bürger zum Rechtsstaat.

Recht sprechen

Die AfD Schleswig-Holstein fordert, dass im Strafverfahren die Wahrheitsfindung im Mittelpunkt steht und der so genannte „Deal“ die Ausnahme ist. Bei Strafverfahren müssen am Ende Urteile und keine Vergleiche stehen.

Urteilsabsprachen im Strafverfahren, die einer quasi vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Gericht und den Verfahrensbeteiligten gleichkommen, stehen mit dem Rechtsempfinden der meisten Bürger nicht im Einklang und beeinflussen das Ansehen der Justiz sowie das Vertrauen der Bevölkerung in deren Unabhängigkeit nachteilig. Im Strafrecht haben Geschädigte und die Angeklagten ein Recht auf ein Urteil. Die Verschleppung von Strafprozessen drängt die Parteien zu oft zu Vergleichen. Dadurch werden Streitfälle gleichzeitig einer Kontrolle durch höhere Instanzen entzogen. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch Prominentenboni bei der Strafzumessung ab. Wer das Gesetz bricht, soll ungeachtet seiner gesellschaftlichen Stellung bestraft werden.

Opfer- und Zeugenschutz stärken

Die AfD Schleswig-Holstein fordert, dass zukünftig jedem Opfer einer schweren Straftat auf Staatskosten ein Opferanwalt zur Seite gestellt wird, analog zum Pflichtverteidiger für den Täter.

Zur nachhaltigen Verfolgung der organisierten Kriminalität sowie zur Aufklärung von Gewaltverbrechen ist eine weitere Stärkung des Opfer- und Zeugenschutzes erforderlich. Zeugen und andere Verfahrensbeteiligte, auch Staatsanwälte und Polizeibeamte, sind wirksam vor einer Beeinflussung oder gar der Rache von Straftätern oder ihrer Hintermänner zu schützen. Es muss verhindert werden, dass jemand aufgrund

seiner Bereitschaft, vor Gericht auszusagen zum Opfer wird, oder dass Straftäter nicht verurteilt werden, weil sie Verfahrensbeteiligte einschüchtern. Straf- und Zivilrechtsverfahren müssen zwingend in einem sogenannten Adhäsionsverfahren zusammengeführt werden, um eine angemessene und zeitnahe Opferschädigung zu gewährleisten.

Paralleljustiz nicht tolerieren

Die AfD Schleswig-Holstein ist gegen jegliche Art von Paralleljustiz und fordert deren konsequente Verfolgung im Rahmen des geltenden Rechts. Wir lehnen eine Aufweichung der bestehenden deutschen Strafgesetzgebung aufgrund einer Rücksichtnahme auf Eigenheiten und Rechtsnormen aus anderen Kulturkreisen ab.

Die rechtsprechende Gewalt ist gemäß dem Grundgesetz Richtern anvertraut, die sich als Berufsrichter und ehrenamtliche Richter um die Verwirklichung der Rechtsordnung kümmern. Das Gewaltmonopol obliegt ausschließlich dem Staat. In unserem Land sind islamische Friedensrichter aktiv, die bestrebt sind, Konflikte nach dem Gesetz der Scharia zu regeln. Eine wirksame Gegenstrategie ist seitens der Politik und der Sicherheitsbehörden bislang nicht erkennbar bzw. nicht entwickelt worden.

Wiederholungstätern wirksame Grenzen setzen

Die AfD Schleswig-Holstein fordert, bei Mehrfachtätern konsequenter als bisher die vorgesehenen Höchststrafen zu verhängen. Sicherungsverwahrung und – bei nichtdeutschen Tätern – Entzug der Aufenthaltserlaubnis und Abschiebung dürfen kein Tabu darstellen.

Wer als Ausländer in Deutschland schwere Straftaten begeht oder wiederholt straffällig wird, muss damit rechnen, dass er hierdurch sein Gastrecht verliert und ausgewiesen wird. Darüber hinaus müssen die kriminalitätsbezogenen Ausschlussgründe für die Einbürgerung verschärft werden. Wo Prävention und Resozialisierungsmaßnahmen nicht erfolgreich sind, muss dem Schutz der Bürger klar der Vorzug vor den individuellen Interessen von Straftätern gegeben werden. Jeder Vierte der in der Kriminalitätsstatistik stark überproportional vertretenen ausländischen Tatverdächtigen ist Wiederholungstäter. Im Jahr 2013 wurden 20.000 ausländische Tatverdächtige mehr als fünfmal bei der Polizei angezeigt. Bislang ist eine zwingende Ausweisung erst ab einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren vorgesehen. Diese Hürde muss in angemessener Weise gesenkt und um zusätzliche Ausweisungsgründe erweitert werden.

Verrohung bei Jugendlichen wirksam entgegenreten

Die AfD Schleswig-Holstein tritt dafür ein, die Unterscheidung nach Jugend- und Heranwachsendenstrafrecht aufzuheben. Bei Gewaltdelikten sind bloße Fingerzeige generell fehl am Platz. Die AfD Schleswig-Holstein ist gegen Erlebnispädagogik bei jugendlichen Intensivstraftätern.

Die Brutalität, mit der Konflikte ausgetragen werden, gibt Anlass zu großer Sorge. Wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, besitzt die nötige Reife, zwischen Recht und Unrecht unterscheiden zu können. Die

gerichtlich verhängten Sanktionen werden, insbesondere von Wiederholungstätern, oftmals nicht als Strafe empfunden und motivieren letztlich zu weiteren Taten. Wer keine Achtung der Gesundheit, vor dem Eigentum oder dem Leben anderer hat, soll die Konsequenzen des Erwachsenenstrafrechts deutlich zu spüren bekommen.

3. FAMILIE

Familien mit Kindern sind das Fundament unserer Gesellschaft

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zum Leitbild der traditionellen Familie. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes.

In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für Ihre Kinder. Diese natürliche Gemeinschaft bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt. Erziehungsleistungen müssen in unserer Gesellschaft wieder stärker ideell und finanziell anerkannt werden. Es muss wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen und Kinder liebevoll zu erziehen. In den Fällen, in denen ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung. Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des Gender Mainstreaming und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.

Nein zu staatlich verordneter Gleichmacherei und Frühsexualisierung

Die Ideologie des Gender Mainstreaming leugnet naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch „korrigiert“ werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das Elternrecht auf Erziehung ab.

Die AfD setzt sich dafür ein,

- die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau unabhängig von der Genderideologie weiter voranzutreiben.
- Quotenregelungen, die mit der Genderideologie begründet werden, abzuschaffen. Quoten sind grundsätzlich kein geeignetes Mittel, um die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu erreichen.
- in der Schule zu einem altersgemäßen Sexualkundeunterricht zurückzukehren, der nicht durch sog. „Sexualexperten“, sondern durch Klassen- bzw. Fachlehrer erteilt wird. Eine aus falschverstandener Toleranz gelehrt „Sexualerziehung der Vielfalt“ und die damit einhergehende Frühsexualisierung von Kindern ist zu unterbinden.

Wir fordern „Familienbeauftragte“ statt „Gleichstellungsbeauftragte“.

Familien schaffen Werte – und brauchen echte Unterstützung

Familien sind gegenüber Kinderlosen deutlich finanziell benachteiligt, wie das Verfassungsgericht bereits im Jahr 2001 bestätigt hat. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in Politik und Medien zunehmend als karrierehemmender Ballast dargestellt – die AfD wendet sich gegen die Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen und Familienentwürfe. Durch die spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Die AfD fordert daher gezielte finanzielle Unterstützung für Familien:

- Willkommensgeld für Neugeborene
- Steuerfreiheit ab dem dritten Kind nach französischem Vorbild
- Familien-Splitting als Ergänzung zum Ehegatten-Splitting
- Darlehen für den Erwerb von Wohneigentum
- ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr
- Landeserziehungsgeld für alle statt Krippenprämie für Einzelne
- eine stärkere Berücksichtigung von Kinderzahl und Erziehungsleistung bei der Rente

Die AfD setzt sich ein für:

- eine tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern bei der Säuglings- und Kleinkinderbetreuung, die elterliche und familiennahe Betreuung durch Großeltern und Tagesmütter einschließt,
- eine Beratung und Unterstützung z. B. zum Thema „Rückkehr in den Beruf“ für beide Elternteile,
- eine finanzielle Förderung des Berufseinstiegs insbesondere nach mehrjähriger Erziehungsarbeit,
- direkte Förderung von Betriebskindergärten durch die Gemeinden,
- die Beendigung der massiven finanziellen Benachteiligung der Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen.
- die Umbenennung des Ministeriums für „Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung“ in Ministerium für „Familie, Soziales, Gesundheit und Wissenschaft“.

Fürsorge für pflegebedürftige ältere Familienangehörige

Es ist Zeit, die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung zu stärken.

In Deutschland werden derzeit mehr als 70% der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie die für eine Pflege durch Angehörige. Die AfD möchte die finanziellen Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege ihrer Eltern entscheiden können. Dazu müssen auch die bürokratischen Hürden bei Anträgen und hinsichtlich der Dokumentation gesenkt werden.

Privat finanzierte Pflegemodelle wie z. B. Senioren-Wohngemeinschaften, privat angestelltes Pflegepersonal oder Mehrgenerationen-Häuser sollen steuerlich besonders gefördert werden.

Alleinerziehende unterstützen

Die Anzahl Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern nimmt in Deutschland stetig zu, obwohl dies in der Regel gravierende Nachteile für alle Beteiligten hat - insbesondere für die Kinder.

Die AfD setzt sich ein für:

- ein Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht, das die Anerkennung von Erziehungszeit berücksichtigt und damit auch Alleinerziehende und Unterhaltszahlende mit einbezieht,
- eine Stärkung des Zusammenlebens von Vater, Mutter und Kindern durch finanzielle Hilfen und Beratung in Krisensituationen,
- staatlich oder kirchlich organisierte Freiwilligendienste für Babysitternotdienste,
- Beratung und Hilfe durch die von uns geforderten Familienbeauftragten.

Mutterschutzgesetz soll Mütter schützen

Die AfD kritisiert die Lockerung des Arbeitszeitgesetzes für Schwangere. Es scheint, dass hier die Interessen der Arbeitgeber vor den Schutz der Mütter und der Ungeborenen gestellt werden.

4. BILDUNG UND KULTUR

Schule, Hochschule und Forschung vor Ideologie schützen

Die AfD bekennt sich gem. Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz zur Freiheit der Lehre und setzt sich für den Schutz des Bildungssystems vor ökonomischen und ideologischen Forderungen ein. Als Fundament der Schulbildung gilt der christlich-humanistische Wertekanon als tragende Säule der abendländischen Kultur. Das Ziel der Schulbildung ist die Herausbildung mündiger und berufstauglicher junger Menschen. Der Bildungsbegriff umfasst neben der Wissensvermittlung schöpferische, musische, körperliche, ästhetische Tätigkeit und die Förderung des Verstandes.

Das Bachelor-/ Mastersystem hat versagt

Die AfD fordert die Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen und den entsprechenden Regularien. Planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauenanteil lehnen wir ab. Für Studienabschlüsse darf es keine Quoten geben!

Die Bologna-Reformen sind missglückt. Keine der in sie gehegten Erwartungen wurden erfüllt. Weder wurde eine Verkürzung der Studienzeit, noch eine bessere internationale Anschlussfähigkeit erreicht. Stattdessen nahmen Verschulung und „Verfachhochschulung“ an Universitäten zu. Es gilt deshalb, die gemachten Fehler zu korrigieren und bewährte Ausbildungsgänge und Abschlüsse wieder zu ermöglichen.

„Gender-Forschung“ abschaffen

Die AfD wird sich dafür einsetzen, bestehende Gender-Lehrstühle nicht neu zu besetzen und laufende Projekte nicht zu verlängern.

Die „Gender-Forschung“ erfüllt nicht die Ansprüche einer seriösen Wissenschaft.

Bildungsabschlüsse vergleichbar und gleichwertig gestalten

Es ist zwingend erforderlich, dass die Vergleichbarkeit und die Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen bundesweit sichergestellt werden.

Hierfür sollen deutschlandweit einheitliche Bildungsstandards und Abschlussprüfungen eingeführt werden, die sich an den Bundesländern mit dem höchsten Bildungsniveau orientieren. Dies ermöglicht und erzwingt einen Wettbewerb der verschiedenen Bildungssysteme.

Eigenverantwortung der Schulen stärken

Wie die bundesweit einheitlich festgelegten Bildungsziele am besten erreicht werden können, müssen die Schulen vor Ort mit Blick auf die vorherrschenden Gegebenheiten entscheiden. Die Eigenverantwortung der Schulen muss demnach im Sinne des Subsidiaritätsprinzips gefördert werden. Als ein Beispiel ist die Wahlfreiheit der Schulen zu nennen, ob diese das Abitur nach dem Modell G8 oder G9 anbieten.

Eigene schulische Lehrerfahrung von Professoren ermöglichen

Die AfD fordert, dass die in den Lehramtsstudiengängen unterrichtenden Professoren selbst mindestens fünf Jahre erfolgreich unterrichtet haben, um eine entsprechende Vermittlung aus der persönlichen Berufserfahrung heraus gewährleisten zu können.

Es ist wichtig, dass die Lehrkräfte an Hochschulen auch persönlich Erfahrungen an Schulen und im Umgang mit Schülern gesammelt haben. Diese Voraussetzung würde zwangsläufig den Blick für die tatsächliche Umsetzbarkeit der gelehnten Inhalte schärfen.

Ausbildung von Sonderschullehrkräften verstärken

Aufgrund des Mangels an Sonderschullehrern muss intensiver um entsprechende Kräfte geworben werden. Die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen in dem Bereich während des Studiums sowie im späteren regulären Dienst sollte auch für alle anderen Lehrkräfte deutlich ausgebaut werden.

Die bewährte Vorschule wieder einführen

Die AfD fordert die Wiedereinführung der bewährten Vorschule.

Alle Kinder zwischen 5 und 6 Jahren werden spielerisch täglich von pädagogischem Personal an die Schulhalte herangeführt. Ziel ist die Verbesserung der sprachlichen, motorischen, musischen und sozi-

alen Fähigkeiten. Außerdem lernen die Kinder dadurch, sich über einen längeren Zeitraum zu konzentrieren. Dies erleichtert den Schulstart und erhöht das Niveau an den Schulen insgesamt.

Die Abschaffung der Vorschule und die Verlagerung der Vorschulhalte in die Kitas, das Verbot, Kinder noch ein Jahr zurückzustellen sowie gesellschaftliche Veränderungen (Berufstätigkeit beider Eltern, hoher Migrantenanteil, übermäßiger Medienkonsum) haben dazu geführt, dass immer mehr nicht bzw. nur teilweise beschulbare Kinder eingeschult werden, die das Lerntempo und das Lernniveau senken.

Freiwillige statt verpflichtende Ganztagschulen

Die AfD setzt sich für die sog. „Offene Ganztagschule“ ein und lehnt die finanzielle Besserstellung von geschlossenen (verpflichtenden) gegenüber offenen (freiwilligen) Ganztagschulen ab.

Kinder sind keine kleinen Erwachsenen und benötigen für eine ausgewogene Persönlichkeitsentwicklung Freiräume außerhalb von Schule, etwa in Sportvereinen oder Jugendgruppen. Demgemäß bilden Ganztagschulen lediglich eine Ergänzung zum in Deutschland traditionellen Halbtagsunterricht, dem sich selbständig zu erledigende Vertiefungs- und Übungsaufgaben (z.B. in Form von Hausaufgaben) anschließen.

Kleine Schulstandorte schützen

Die AfD setzt sich nach dem Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ für den dauerhaften Erhalt von kleineren Schulstandorten ein.

Immer mehr Schulen und Schulstandorte werden aufgrund zurückgehender Schülerzahlen aus wirtschaftlichen Überlegungen geschlossen. Hierdurch entstehen kaum mehr zumutbar lange Schulwege und die verbliebenen Schulen werden teils überproportional groß. Besonders den Bedürfnissen von Grundschulkindern kommen hingegen kleinere, überschaubare Schulen entgegen.

Schwimmunterricht für alle Kinder im Land zwischen den Meeren

Die AfD fordert verpflichtenden Schwimmunterricht in Grund- und weiterführenden Schulen.

Den Beamtenstatus bei Lehrkräften abschaffen

Die AfD fordert langfristig die bundesweite Abschaffung des Beamtenstatus bei Lehrkräften und die Einführung von Leistungsanreizen im Schuldienst, welche durch variable Gehaltsbestandteile im Vergütungssystem geschaffen werden können.

Der Beamtenstatus kann falsche Anreize schaffen und sich negativ auf die Arbeitseinstellung auswirken. Es fehlt eine spätere Leistungskontrolle. Eine Leistungseinforderung ist durch die nahezu garantierte Unkündbarkeit der Beamten kaum zu realisieren.

Umfangreiche Praktika vor und während des Lehramtsstudiums einführen

Viele junge Lehrer entscheiden sich für den falschen Beruf und sind den psychischen Anforderungen des Lehrerberufs nicht gewachsen. Um sich die mit dem Lehrberuf verbundenen Anforderungen bewusst zu machen, fordert die AfD für Lehramtsstudenten im Zuge des Studiums zu Beginn ein sechsmonatiges Pflichtpraktikum an verschiedenen Schulen und Schulformen, in dem die eigenen Fähigkeiten in dem angestrebten Berufsfeld erprobt werden. Hierdurch kann die Eignung für die Lehrtätigkeit durch den Studenten selbst sowie durch Mentoren frühzeitig erkannt werden.

Das Leistungsprinzip stärken - Mehrgliedrigkeit gewährleisten

Die AfD setzt sich für den Erhalt der Gymnasien ein. Dem Übungs- und Leistungsprinzip der Gesellschaft ist im Schulbereich zu entsprechen.

Neben Berichtszeugnissen oder Entwicklungsberichten sollen Schulen zu Notenzeugnissen ab der 3. Klasse verpflichtet werden. Zum Halbjahr des 4. Schuljahres geben die Grundschullehrkräfte eine Schulübergangsempfehlung. Bei Abweichung von der Empfehlung ist eine Probebeschulung vorgesehen. In den Gemeinschaftsschulklassen sollen in den einzelnen Fächern äußerlich differenzierte, also räumlich getrennte Leistungsklassen eingeführt werden können.

Dies garantiert eine angemessene Beschulung bezogen auf die tatsächlichen Fähigkeiten der Schüler in dem entsprechenden Fach. Gleichzeitig ermöglicht die Durchlässigkeit dieses Kurssystems den Aufstieg in leistungsstärkere Kurse und erlaubt allen Schülern den Schulabschluss nach der 9. und 10. Klasse bzw. den Übergang in die Oberstufe.

Förderschulen erhalten - Wahlfreiheit sicherstellen

Das Wohl des Kindes ist das alleinige Richtmaß jeglichen pädagogischen Handelns. Dafür steht und kämpft die Alternative für Deutschland.

Die AfD bekennt sich zum Artikel 24 der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 3.5.2008. Inklusion kann jedoch nicht bedeuten, alle Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Regelklassen zu verteilen.

Niemand kennt sein Kind so gut wie seine Eltern. Wir müssen allerdings feststellen, dass die bisher getroffenen Maßnahmen die Wahlfreiheit der Eltern zwischen einer integrativen Beschulung in einer Regelschule und einer Beschulung in einem Förderzentrum (Sonderschule) massiv einschränken. Die Bedürfnisse zahlreicher integrierter Kinder werden hierbei grob missachtet, da die Folgen von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen zum Teil verharmlost oder nicht in ihrer Schwere erkannt werden. Bei Eltern behinderter Kinder wird zudem die Hoffnung auf eine „Normalität“ geweckt. Doch diese Hoffnung wird schon in der Schule, spätestens aber beim Übergang in das Berufsleben enttäuscht. Zu unterschiedliche Bedürfnisse von Schülern führen unweigerlich zur Überforderung der Lehrer. Wir sprechen uns deutlich gegen die Fortsetzung des derzeit betriebenen Ansatzes der Landesregierung zur

Inklusion aus, in welchem der Qualität des gemeinsamen Lernens von Schülern mit und ohne Behinderung weniger Beachtung geschenkt wird als werbewirksamen prozentualen „Inklusions-Erfolgsquoten“. Dieser Ansatz führt zur Einschränkung des Elternwahlrechtes und sieht die Schließung oder die Umwandlung von Förderzentren in sog. „Schulen ohne Schüler“ vor. Der Rückbau der Förderzentren lässt die dort gewachsene Kompetenz verloren gehen.

Die AfD setzt sich für den Erhalt des uneingeschränkten elterlichen Wahlrechts ein, sich auch für ein Förderschulangebot entscheiden zu können – alles andere kommt einer Entmündigung der Eltern gleich. Zusätzlich befürworten wir die Einrichtung von Förderschulklassen in Gebäuden von Regelschulen. Diese bieten Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Schutzräume, die sie benötigen, wobei gleichzeitig ein gemeinsamer Unterricht über die Klassengrenzen hinaus, wann immer sinnvoll, erteilt werden kann.

Anders als die Verfechter des aktuellen Ansatzes zur Inklusion verharmlost die AfD die Folgen einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung nicht als „Teil einer begrüßenswerten Vielfalt“, sondern erkennt die speziellen Förderbedürfnisse einer individuellen Persönlichkeit ohne Wenn und Aber an. Die Aufwendungen, die notwendig sind, Menschen mit einer Behinderung das Zusammenleben in der Gesellschaft zu erleichtern, müssen gesteigert werden – Inklusion darf nicht als Alibi dafür herhalten, die Kosten im sozialen Bereich etwa durch Schulschließungen senken zu wollen. Die Wertschätzung gerade leistungsschwächerer Schüler drückt sich für die AfD vor allem darin aus, dass deren individuelle sonderpädagogische Bedürfnisse wieder stärker in den Mittelpunkt aller pädagogischen Überlegungen gerückt werden.

Hochbegabte erkennen und fördern

Die AfD setzt sich dafür ein, dass in der Lehrerausbildung ein Pflichtmodul „Besondere Begabung und Hochbegabung“ eingeführt wird. Neben der Diagnostik, bei der auch auf die unterschiedlichen Verhaltensmuster von Jungen und Mädchen eingegangen wird, soll ein Schwerpunkt auf begabungsförderndem Unterricht liegen.

Auch überdurchschnittlich begabte und hochbegabte Kinder haben ein Recht darauf, ihren Begabungen entsprechend gefördert zu werden. Die bereits bestehenden Kompetenzzentren an Grundschulen und Gymnasien müssen dafür konsequent ausgebaut werden.

Grundlage für eine gute Begabtenförderung ist eine Aus- und Weiterbildung von Lehrern und Erziehern, die diese in die Lage versetzt, begabte Schüler überhaupt zu erkennen, um sie dann gezielt fördern zu können.

Das schulförmübergreifende Springen von Klasse 3 auf 5 muss erleichtert werden. Bei nachgewiesener Begabung sollen die Gymnasien eine 4-wöchige Begutachtungspflicht haben.

Die AfD setzt sich für ein Landesgymnasium / eine Landesschule für hochbegabte Schüler ein.

Das Land Schleswig-Holstein soll hochleistenden Schülern die Möglichkeit bieten, im eigenen Land angemessen ausgebildet zu werden. Die Schule soll als Internatsbetrieb geführt werden. Den Eltern entstehen keine Kosten. Vorbild können die Landesschulen anderer Bundesländer sein.

Meisterbrief und Duales System erhalten

Die AfD setzt sich für den Erhalt der dualen Handwerkerausbildung mit entsprechenden Qualifikationsprüfungen ein.

Das duale Ausbildungssystem von Betrieb und Berufsschule wollen wir beibehalten. Es hat sich bewährt. Der deutsche Meisterbrief ist für uns wie ein Gütesiegel und soll ein Qualitätsmerkmal bleiben. Auf Landesebene soll er entgegen den Bestrebungen der EU beibehalten werden. Er sollte in fachlich und organisatorisch anspruchsvollen Bereichen weiterhin die Voraussetzung zum Führen von Handwerksbetrieben sein.

Das deutsche duale Ausbildungssystem ist ein Erfolgsmodell, welches international hohes Ansehen genießt und gestärkt werden muss. Die Verbindung aus praxisorientierter Ausbildung in den Betrieben und theoretischer Bildung in den Berufsschulen hat sich über viele Jahrzehnte bewährt und genießt eine hohe Akzeptanz in Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Akademisierungswahn ist abzulehnen. Vielmehr sollte der Wert von beruflicher Ausbildung unterstrichen werden. Beide „Säulen“ müssen wieder gleichwertig behandelt und gefördert werden.

Deutsche Kultur, Sprache und Identität erhalten

Die AfD wehrt sich gegen jede Art von Sprach-, Denk- und Meinungszensur. „Politische Korrektheit“ ist schon längst zur Politischen Kontrolle geworden, die der freien Meinungsäußerung entgegensteht und die es deshalb zu bekämpfen gilt.

Wir lehnen das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sowie Parallelgesellschaften ab. Die AfD bekennt sich zu drei Säulen, auf denen unsere heutige Kultur fußt und die unsere kulturelle Identität bilden: die griechisch-römische Klassik, den christlichen Wertekanon, die Aufklärung.

Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität

Die AfD unterstützt den Schutz und die Wertschätzung der deutschen Sprache – inklusive der Dialekte - als verbindendem Kulturgut unseres Volkes. Daher begrüßt die AfD die Förderung des Niederdeutschen im Schulunterricht.

Die AfD wehrt sich dagegen, die deutsche Sprache in Behörden und Bildungseinrichtungen durch das Englische zu ersetzen oder durch „Genderisierung“ zu verstümmeln. Formen, die der deutschen Rechtschreibung oder der Grammatik zuwiderlaufen, wie z.B. Binnen-I, Partizipformen, Sternchen usw., lehnt die AfD ab. Die AfD setzt sich für eine stärkere Verwendung der deutschen Sprache in den Medien und der Werbung ein.

Unsere Kultur pflegen

Um Deutschlands wertvollen Beitrag zur Weltkultur zu erhalten, ist eine Grundversorgung der Bürger notwendig, die auch durch Subventionen gestützt werden kann. So setzt sich die AfD auch für den Erhalt des Landestheaters Schleswig-Holstein ein.

Die Produktion von Filmen und Fernsehsendungen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unser Land. Daher ist die Ansiedlung von Produktionsfirmen zu fördern und Schleswig-Holstein als Drehort aktiv zu bewerben.

Kunst im öffentlichen Raum stellt eine Bereicherung dar, sollte jedoch nur nach Einbeziehung der „betroffenen“ Bürger in Auftrag gegeben werden.

Tradition und Erinnerung

Traditionspflege, „Erinnerungskultur“, Geschichtsunterricht und -studien sollen das ganze Deutschland zeigen und sich nicht aus politischen Gründen auf Ausschnitte begrenzen.

Die AfD lehnt unnötige Denkmalstürze ab. Statt Denkmäler abzutragen, die politisch nicht mehr genehm sind, sollten sie Anlass geben, über die Geschichte zu sprechen.

Bevor Straßen und Plätze umbenannt werden, sollte eine unabhängige, paritätisch besetzte Kommission eine Empfehlung vorlegen. Städte und Gemeinden lassen die Bürger verpflichtend über eine Umbenennung abstimmen.

Ein evangelischer Feiertag für den Norden

Die AfD setzt sich dafür ein, den Reformationstag auch über das Lutherjahr 2017 hinaus als gesetzlichen Feiertag einzuführen.

Andere Kulturkreise schützen

Die AfD bekennt sich zum Schutz der angestammten Minderheiten in Schleswig-Holstein und begrüßt den Dialog mit diesen anderen Kulturen.

Gerade die Pflege des friesischen und dänischen Kulturerbes sollte Anreiz sein, auch die altgermanischen Wurzeln unserer Kultur zu erforschen und zu würdigen - so, wie es Dänen und Norweger identitätsstiftend praktizieren.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren

Die AfD fordert die Abschaffung der Werbung in den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Hörfunkprogrammen, die Abschaffung des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags und dessen deutliche Senkung.

Um den Rundfunk reformieren zu können, sind die Rundfunkstaatsverträge zu kündigen. Langfristiges Ziel ist, die GEZ abzuschaffen und das öffentlich-rechtliche Fernsehen als Bezahlfernsehen aufzusetzen. Die AfD fordert eine Berichterstattung, die sich nicht nach den Interessen der Parteipolitik sowie von Lobbygruppen ausrichtet, sondern nach den Interessen der Gebührenzahler.

Die AfD fordert die parteipolitische Neutralität und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, damit dieser seinen Informations- und Bildungsauftrag uneingeschränkt erfüllen kann.

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein

Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfolgung schwerer Straftaten keinerlei staatlicher Zensur unterliegen.

Für den Jugendschutz in den sozialen Netzwerken ist das deutsche Datenschutz- u. AGB-Recht konsequent anzuwenden und die Haftungsregeln bei personenbezogenen Daten zu gewährleisten.

Personenbezogene Daten von Kindern und Jugendlichen sind kein Wirtschaftsgut. Im Sinne eines echten Jugendschutzes befürworten wir die Sperrung bestimmter Netz-Seiten, die z.B. Pornographie und exzessive Gewalt zeigen, Terrorismus und Anleitungen zu Selbstmord oder Magersucht.

Imame im Spannungsverhältnis zu unserer Wertordnung

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen.

Imame sollen in deutscher Sprache an deutschen Universitäten ausgebildet werden und unabhängig von Weisungen des islamischen Auslands und von muslimischen Verbänden, einem Zulassungsverfahren des Kultusministeriums unterliegen. Die Finanzierung von Moscheen einschließlich ihrer Nebenkosten aus dem Ausland (z.B. durch DITIB oder Saudi-Arabien) ist zu unterbinden.

Von aus dem islamischen Ausland entsandten Imamen geht die Gefahr rechts- und verfassungswidriger Indoktrination der Moscheebesucher aus. Die religiöse Betätigung der Imame hat sich vollständig im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bewegen und unsere Kultur und Gesellschaft zu respektieren. Sie darf nicht zur Bildung von Parallelgesellschaften beitragen, die wir ablehnen.

5. EINWANDERUNG, INTEGRATION UND ASYL

Asylrecht reformieren – Missbrauch beenden

Die AfD wird sich für die Beendigung der irregulären Einwanderung über das Asylrecht einsetzen. Es ist zwingend notwendig, zwischen politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen einerseits und rein wirtschaftlich motivierten Einwanderungswilligen andererseits zu unterscheiden. Asyl für Berechtigte ist Hilfe auf Zeit und darf nicht mit dauerhafter Einwanderung verwechselt werden. Das Asylrecht darf nicht länger als ein Vehikel für eine ungeregelte Masseneinwanderung missbraucht werden.

Die derzeit praktizierte deutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik kann so nicht weitergeführt werden. Die unzutreffende Bezeichnung „Flüchtling“ für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um hier dauerhaft zu bleiben, ist Ausdruck einer verfehlten Politik. Zwischen Asylsuchenden und Einwanderungswilligen muss eine klare Trennung vollzogen werden. Tatsächlich Verfolgte genießen unsere Unterstützung. Eine wirksame Missbrauchsbekämpfung ist nur durch eine Neuorientierung im Einwanderungsrecht mit einer klaren Unterscheidung zwischen politischer Verfolgung, Armutsmigration und Flucht vor Kriegen möglich.

Keine irreguläre Einwanderung über das Asylrecht

Asylberechtigte müssen nach einem fairen Verfahren auf ganz Europa verteilt, die Verfahren beschleunigt, und abgelehnte, kriminelle und extremistische Asylbewerber umgehend abgeschoben werden. Antragsteller, die aus einem Mitgliedstaat der EU oder einem anderen sicheren Drittstaat einreisen, können sich gemäß Art. 16 Abs. 2 Grundgesetz nicht auf Asyl oder internationalen Schutz berufen und sind an unseren Grenzen zurückzuweisen.

Ein Antrag auf Asyl muss in den bundesdeutschen Botschaften der Herkunftsländer oder in einzurichtenden zentralen Auffangzentren unter EU- oder UNHCR- Verwaltung erfolgen. Solange die Voraussetzungen für die Asylbeantragung im Ausland noch nicht gegeben sind, müssen Asylanträge aus sicheren Herkunftsstaaten sowie Anträge von Antragstellern, die über sichere Drittstaaten eingereist sind, innerhalb von 48 Stunden beschieden werden. Des Weiteren müssen Asylanträge, die ohne urkundlichen Nachweis von Staatsangehörigkeit und Identität gestellt werden, als offensichtlich unbegründet oder unzulässig innerhalb derselben Frist abgelehnt werden.

Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte und die Genfer Flüchtlingskonvention sind zivilisatorische Errungenschaften, die wir bewahren wollen. Das Asylrecht kann jedoch nur dann in seiner jetzigen Form langfristig aufrechterhalten werden, wenn es zügig und ohne Missbrauch umgesetzt wird. Die Außengrenze Europas ist wirksam gegen illegale Einwanderung abzusichern. Registrierungsstellen für Asylbewerber sollten schon außerhalb, spätestens jedoch an den Grenzen der Europäischen Union eingerichtet werden. Grenzkontrollen sind kein Widerspruch zur Freizügigkeit innerhalb der EU.

Abschiebungen konsequent durchsetzen

Alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht entsprechende Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen.

Wer in Deutschland Asyl beantragt, bedient sich eines Rechts und erwartet, dass sich der Staat an seine Gesetze hält. Deswegen kann man auch vom Antragsteller erwarten, dass er seinerseits die staatliche Rechtsprechung respektiert und das Land verlässt, wenn sein Antrag abgelehnt wird. Das ist jedoch leider fast nie der Fall. Abschiebungen finden nur in sehr geringem Umfang statt, und die zuständigen Behörden erfahren keinerlei Unterstützung durch die regierende Küstenkoalition. Der Staat muss sich schützend vor seine Behörden stellen und darf sich nicht erpressen lassen, wenn es darum geht, geltendes Recht umzusetzen. Die Ausländerbehörden müssen auf die uneingeschränkte Rückendeckung der Politik vertrauen können.

Kein Kirchenasyl bei rechtsgültig entschiedenen Abschiebungen

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Gewährung von Kirchenasyl in Zukunft unterbleibt und das Untertauchen von Asylbewerbern strafrechtlich geahndet wird.

In Deutschland nehmen immer mehr Kirchengemeinden Asylbewerber auf, um ihre Abschiebung zu verhindern und eine Wiederaufnahme ihres Verfahrens zu erreichen. Die Kirche ist kein rechtsfreier Raum und im rechtlichen Sinn gibt es kein Kirchenasyl. Die AfD wird das Kirchenasyl nicht weiter dulden, da es sich um eine Missachtung des verfassungsmäßig verankerten Prinzips der Trennung von Staat und Kirche handelt.

Mehr Transparenz in Sachen Zuwanderung

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung auf der Basis der Monatszahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Bericht veröffentlicht, der über Kosten für Migration, Abschiebungen, Ausländerkriminalität und Integrationserfolge informiert. Der Bericht soll auch alle erfolgten Zahlungen an Hilfsorganisationen abbilden.

Die Kosten der Massenzuwanderung sind völlig undurchsichtig, da es weder eine umfassende Kostenanalyse noch eine Kostendarstellung gibt. Die AfD fordert, die Finanzierung der Zuwanderung grundsätzlich neu zu ordnen. Die Kosten sollen auf allen Ebenen der Verwaltung völlig transparent und vollständig dargestellt werden. Die AfD fordert hier eine allgemeinverständliche, der Öffentlichkeit zugängliche Darstellung aller zuwanderungsbedingten Kosten, die im Land entstehen.

Fehlanreize für Asylbewerber und Flüchtlinge abbauen

Alle Fehlanreize müssen so umfassend zurückgefahren werden, dass die illegale Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen unattraktiv wird. Dazu gehören ergänzend umfassende, professionelle Aufklärungskampagnen in Asylanten- und Migrantenkreisen mit dem Ziel, den Wunsch nach freiwilliger Ausreise zu verstärken.

Die den Asylbewerbern in Deutschland zustehenden Sozialleistungen sind nach Art und Umfang weltweit einmalig. In ihrer unwiderstehlichen Anziehungskraft locken sie Menschen über das Meer und häufig in den Tod. Deutschland bietet Asylbewerbern wohl die höchsten Sozialleistungen der Welt, meist in Bargeld, medizinische Spitzenversorgung, kostenlose Sprach- und Integrationskurse, volle Bewegungsfreiheit, Arbeitsmöglichkeit und vieles mehr. Das gilt überwiegend sofort nach Einreise und zeitlich unbeschränkt, teilweise auch nach Ablehnung des Asylantrages und selbst bei erfolgter Verweigerung der Ausreisepflicht. Diese falsch verstandene Großzügigkeit muss ein Ende haben.

Direkte Demokratie – erst recht bei der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften

Die AfD fordert, dass die Bürger zwingend in angemessener Weise in die Entscheidungsprozesse bei Integrations- und Zuwanderungsfragen auf jeder Ebene, auch auf der kommunalen, einzubeziehen sind. Eine Asylpolitik über die Köpfe der Bürger hinweg lehnen wir ab.

Die Bundesbürger werden nicht gefragt, ob sie mit den Erscheinungen und Folgen der Massenzuwanderung zufrieden sind oder nicht. Stattdessen werden sie vor vollendete Tatsachen gestellt. Die immensen Geldsummen, die aufgebracht werden müssen, fehlen schmerzhaft an anderen Stellen. Wird diese Politik fortgesetzt, so ist der soziale Friede in Gefahr.

Einbürgerung = Abschluss gelungener Integration

Die AfD fordert mehr Sorgfalt und strengere Regeln bei der Einbürgerung. Einen Automatismus nach einer bestimmten Zeit oder durch den Zufall der Geburt auf deutschem Boden lehnen wir ab, vielmehr muss wichtigste Voraussetzung die dauerhafte wirtschaftliche und soziale Integration sein. Den Doppelpass für Bürger aus Nicht-EU-Staaten lehnen wir ab. Darüber hinaus müssen die Anforderungen für eine Einbürgerung deutlich erhöht werden. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nur an mündige Einwanderer verliehen werden. Damit unvereinbar ist der automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Elternpaare, der zu erheblichem Missbrauch geführt hat. Diese Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, wenn mindestens ein Elternteil bereits Deutscher ist. Das Territorialprinzip (ius soli) wollen wir daher abschaffen.

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist Abschluss einer erfolgreichen Integration, nicht jedoch deren Ausgangspunkt. Der deutsche Pass ist auch ein Bekenntnis zu Deutschland. Damit unvereinbar ist der weitere Besitz des bisherigen Passes.

Verhüllen verhindert Integration

Die AfD lehnt das stückweise Vordringen integrationshemmender Verhaltensweisen strikt ab. Dazu gehören insbesondere die Formen der vollständigen Verschleierung, bei denen das gesamte Gesicht verhüllt ist. Hierbei handelt es sich um ein Symbol für die Unterdrückung der Frau und Ablehnung westlicher Werte. Die AfD setzt sich für ein generelles Niqab- und Burkaverbot ein, denn beide errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit die kulturelle Integration und das Zusammenleben in der Gesellschaft.

Gegen Zwangseinquartierung und Beschlagnahme von privatem Immobilieneigentum

Die AfD wird sich entschieden dafür einsetzen, dass in Schleswig-Holstein keine solchen Zwangsmaßnahmen ergriffen werden.

Viele deutsche Kommunen sind am Ende ihrer materiellen Möglichkeiten angelangt, Unterkünfte für die meist illegalen Zuwanderer zu schaffen, die nach Deutschland gekommen sind. Als letzten Strohhalm greifen andere Bundesländer zu den Mitteln von Zwangs-Einquartierung und Beschlagnahme privater Immobilien.

6. GESUNDHEIT

Für ein neues leistungsstarkes und patientenorientiertes Gesundheitssystem

Durch immer neue Reformen und Flickschusterei ist unser ehemals führendes Gesundheitssystem inzwischen auf Platz 7 im europäischen Vergleich gesunken.

Es besteht zunehmend aus einem Konglomerat unterschiedlicher Interessen von Lobbyisten und Zugriffsmöglichkeiten des Staates, das seiner eigentlichen Aufgabe, dem Bürger in seiner Gesunderhaltung zu dienen, immer weniger gerecht wird. Dazu kommen strukturelle Besonderheiten, insbesondere die demographische Veränderung unserer Bevölkerung, so dass Sinn und Zweck der unterschiedlichen Versicherungsleistungen, Zuzahlungen, Kontrollbehörden und medizinischen Dienste bei ständig steigenden Kosten und Leistungsausschlüssen dem Bürger immer weniger verständlich sind.

Die AfD setzt sich ein für einen langfristigen Umbau des Gesundheitssystems hin zur Betonung der Eigenverantwortung und vermehrten Wahlfreiheit der Versicherten.

Ähnlich dem Schweizer Gesundheitssystem könnte der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen auf einen Grundleistungskatalog zur Abdeckung hoher Risiken reduziert werden, während geringe Risiken oder Zusatzleistungen im Bereich der Kosmetik oder des Komforts in die Eigenverantwortung übertragen werden.

Dafür ist Voraussetzung, dass der Staat im Gegenzug die Abgabenlast aus Steuern und Sozialversicherungen für den Bürger deutlich senkt und Brutto- und Nettoeinkommen wieder enger beieinander liegen. Dann kann finanzieller Spielraum entstehen, so dass sich der Anreiz für den Bürger erhöht, Eigenverantwortung zu übernehmen. Der Sinn dieser Maßnahmen ist nicht Kostenersparnis, sondern die gerechtere Umverteilung und höhere Leistungsfähigkeit bei gleichen Kosten. Insgesamt geht es darum, Auswüchse einer staatlichen Überregulierung und Bevormundung von Einrichtungen und Dienstleistern des Gesundheitswesens mit geeigneten Schritten auf ein gesundes Maß zurückzuführen, wobei die solidarische Absicherung der Grundversorgung gewährleistet bleiben muss.

Das bisher bestehende duale Gesundheitssystem aus GKV und PKV soll optimiert, aber nicht aufgege-

ben werden. Die AfD ist offen für neue Versorgungsreformen und setzt sich weiterhin für eine hausarztzentrierte Versorgung ein. Ebenso wird die Ausbildung von Medizinstudenten in der Förderung der allgemeinärztlichen Weiterbildung unterstützt, eine gezielte und sinnvolle Facharztausbildung aber nicht aus den Augen verloren. Insbesondere soll die Umsetzung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung erleichtert werden.

Digitale Infrastruktur und Telemedizin stärken

Die AfD unterstützt eine digitale Infrastruktur und den Ausbau der Telemedizin.

Dem Vorhaben der Regierungskoalition, der Telemedizin auch bei der Versorgung im ländlichen Raum eine zentrale Rolle zuzuweisen, steht die AfD jedoch skeptisch gegenüber. Gerade auf dem Land suchen Patienten einen persönlichen Ansprechpartner und insbesondere im Notfall.

Daher wird sich die AfD dafür einsetzen, dass dort ärztliche und nicht ärztliche Strukturen geschaffen werden, die eine Notfallversorgung in diesem Bereich sicherstellen.

Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Die AfD Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass durch finanzielle, ideelle und organisatorische Anreize Ärzte gewonnen werden, die im ländlichen Raum praktizieren wollen.

Im ländlichen Raum zeichnet sich ein zunehmender Ärztemangel in der ambulanten, aber auch in der stationären Versorgung ab. Zunehmende Bürokratisierung, Unterfinanzierung und fehlende Attraktivität sind die Gründe, dass immer weniger niedergelassene Ärzte auf dem Lande arbeiten möchten. Viele fertig ausgebildete Mediziner wandern aus Schleswig-Holstein ab.

Das Fallpauschalen-System (DRG) bei der stationären Versorgung im Krankenhaus beenden

Die AfD stellt sich entschieden gegen das derzeitige Abrechnungssystem über genormte Fallpauschalen im Krankenhaus (DRG-System).

Dieses System hat seit seiner Einführung dafür gesorgt, dass der Bürger einem kontinuierlichen Wandel vom Patienten zum Wirtschaftsobjekt unterliegt und zusätzlich - anstatt zu einer Kostenersparnis - zu erheblichem Personalnotstand - insbesondere im Pflegebereich - und einem katastrophalen Investitionsstau von mehreren 100 Millionen Euro bei Gebäudesanierung und Infrastruktur der öffentlichen Kliniken geführt hat. Unter dem Strich hat das DRG-System zu keinerlei Verbesserung geführt - weder in der Gesundheitsversorgung der Bürger noch in der strukturellen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum.

Die AfD wird in Absprache mit den Krankenhausträgern über eine Wiedereinführung der direkten Abrechnung nach Lösungen suchen: Etwa durch Zusammenschlüsse und Rationalisierungen bis hin zu Spezialisierungen.

Die AfD setzt sich dabei auch in diesem Bereich dafür ein, dass unser Gesundheitssystem in kleinen Schritten entstaatlicht, entplant und demokratisch liberal gehandhabt wird.

7. WIRTSCHAFT

Vermeehrt Wohlstand schaffen

Die Alternative für Deutschland erkennt in der Sozialen Marktwirtschaft die beste Möglichkeit, unseren Wohlstand zu mehren. Dazu wollen wir die Prinzipien der Marktwirtschaft, wo immer möglich, zur Geltung bringen. Zum Beispiel wollen wir durch mehr Wettbewerb günstigere Preise und bessere Qualität erreichen. Schleswig-Holstein lebt von vielen kleinen und mittleren Unternehmen, von Handwerkern, Gewerbetreibenden, Landwirten und Tourismusbetrieben. Sie bedürfen eines verlässlichen, sicheren Rahmens für ihre Arbeit und die Entfaltung ihrer Ideen. Damit sollte es auch gelingen, unsere Jugend im Land zu halten. Denn der Mittelstand ist es, der die Mehrheit der Ausbildungsplätze stellt.

Wir wollen unser Land zu einem interessanten Standort für Technologie- und moderne Dienstleistungsunternehmen entwickeln. Neben einer ausgezeichneten Infrastruktur brauchen wir dazu vor allem sehr gut ausgebildete Menschen, die mit Kreativität und Unternehmergeist den Wohlstand der Zukunft schaffen. Es gilt, vor allem die natürlichen Gegebenheiten Schleswig-Holsteins zu nutzen und seine Stärken auszubauen. Dies sind die Lage zwischen den Meeren als Kreuzung zwischen West und Ost und Nord und Süd und seine relativ leichte Erschließbarkeit mit Infrastruktur. Vor allem die maritime Wirtschaft muss hier eine Heimat haben.

Das Land als Partner der Wirtschaft

Es gilt, eine Start-up- und Bleibekultur für Klein-, Mittelstands- und Großunternehmen zu schaffen, die Unternehmer, Investoren und Arbeitnehmer gleichermaßen überzeugt und begeistert. Regierung, Behörden und Kommunen müssen sich als Partner auf Augenhöhe verstehen und mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Durch ein partnerschaftliches Selbstverständnis wird ein vertrauensvolles Klima geschaffen, das Investitionen schnell und effizient ermöglicht. Hierfür ist die Reduktion der stetig zunehmenden Bürokratie unabdingbar, die seit Jahren jede positive Vision für die Zukunft ausbremst. Zu dieser angestrebten Partnerschaft gehört auch eine unternehmens- und arbeitnehmerfreundliche Steuerpolitik. Weitere wesentliche Elemente sind gute Finanzierungsmöglichkeiten für Bürger, Unternehmen – vom Start-up- bis zum Großunternehmen – sowie für Kommunen.

Hohe Standards für Handelsabkommen

Die AfD fordert, dass nur solche Freihandelsabkommen vereinbart werden, die den Interessen der deutschen Bürger und der deutschen Unternehmen dienen und anderen Nationen nicht schaden. Die AfD lehnt daher Handelsabkommen grundsätzlich ab, wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages und Bundesrates verhandelt werden, ohne ausgewogene Interessenswahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen.

Freihandelsabkommen müssen bestimmten Bedingungen entsprechen:

Sie dürfen unsere Standards (z. B. bezüglich Gesundheit oder Umwelt) in keinem Fall unterlaufen. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Gleichbehandlung gebietet, dass in Deutschland tätige inländische wie

ausländische Unternehmen rechtlich gleichgestellt werden. Das schließt Regelungen mit Schiedsgerichten aus, wenn diese zur Ungleichbehandlung führen können. Unsere Bürger müssen Souverän unseres Staates bleiben. Abkommen, die geeignet sind, die deutschen Gesetze zu umgehen, lehnen wir deswegen ab.

Investitionsschutzabkommen für Deutschland lehnen wir ab, wenn sie dazu führen, dass durch solche Abkommen geschützte Unternehmen gegen ungeschützte Unternehmen konkurrieren. Das verstößt gegen das Gebot der Gleichheit im Wettbewerb.

Bürokratie abbauen

Die AfD will den Bürokratieaufwand für Betriebe und Bürger verringern. Bürokratische Auflagen dürfen nicht entschädigungslos auferlegt werden. Gesetze und Verordnungen sollen regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Nachweispflichten sind abzubauen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Geschlechterquoten bei der MitarbeiterEinstellung lehnen wir ab, Maßstab darf allein die Qualifikation sein. Gleichstellungsbeauftragte sind überflüssig.

Durch den Bürokratieabbau wollen wir u.a. die Bearbeitungszeiten bei Ämtern verringern, beim Mindestlohn die Zeitrachweise abschaffen und flächendeckende statistische Erhebungen durch Stichproben und Hochrechnungen ersetzen. Zudem wollen wir Juristen- und Beamtendeutsch durch eine allgemeinverständliche Sprache ersetzt sehen.

Zwangsmitgliedschaften überprüfen

Die Zwangsmitgliedschaften in der Berufsgenossenschaft, den Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern sieht die AfD als freiheitliche Partei kritisch und strebt Freiwilligkeit an, wo immer sinnvoll.

Digitalisierung als Chance und Herausforderung

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft schreitet unaufhaltsam voran. Wir befinden uns am Anfang eines Umwälzungsprozesses, der ähnlich gravierende Auswirkungen haben wird wie die Erfindung der Dampfmaschine oder die Entdeckung und Nutzung des Erdöls. Die Globalisierung der Kommunikation, der zusammenwachsende Welthandel und die internationalen Finanzströme werden maßgeblich durch die Digitalisierung beschleunigt. Die Informationstechnologie ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Die Art und Weise, wie wir diese Entwicklung meistern, entscheidet maßgeblich über unseren zukünftigen Wohlstand. Nur wenn wir uns diesen Herausforderungen stellen und sie als Chance begreifen, wird uns das gelingen. Deutschland befindet sich bei dieser Entwicklung nur noch im Mittelfeld und droht, den Anschluss zu verlieren.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzt sich die AfD dafür ein, erhebliche Fortschritte in folgenden Bereichen zu ermöglichen:

Digitale Infrastruktur:

Die AfD setzt sich für einen zügigen Ausbau eines Glasfasernetzes im ländlichen Raum ein, um eine schnelle Internetanbindung zu gewährleisten und damit Nachteile für die dort ansässigen Unternehmen zu vermeiden.

Die flächendeckende Bereitstellung eines schnellen Internets schreitet zu langsam voran. Insbesondere ländliche Gegenden sind noch unterversorgt und bleiben von der Entwicklung ausgeschlossen.

Datenschutz:

Um den Datenschutz zu gewährleisten, tritt die AfD dafür ein, mehr qualifiziertes Personal bei den Sicherheitsbehörden auszubilden und die notwendige Hard- und Software bereitzustellen.

Der Schutz öffentlicher und privater Einrichtungen vor digitalen Angriffen ist nach wie vor nicht ausreichend – durch Industriespionage und Internetkriminalität entstehen immense materielle und immaterielle Schäden.

Qualifikation:

Die AfD fordert eine bessere IT-Ausbildung an allen Lehrinrichtungen. Drittmittel aus der Wirtschaft dürfen nicht durch staatliche Reglementierungen behindert oder unmöglich gemacht werden.

Der Stellenwert des Unterrichtsfachs IT in den Lehrplänen ist zu gering, die Ausstattung in vielen Bildungseinrichtungen ist mangelhaft oder nicht vorhanden.

Es gibt zu wenige IT-Lehrstühle an den Universitäten und Fachhochschulen. Die IT-Ausbildung an Fachhochschulen ist häufig zu wenig praxisbezogen. Der Ausbildungsstand der Lehrer auf dem Gebiet der IT an allgemeinbildenden Schulen ist häufig verbesserungswürdig. Die Drittmittelförderung an Hochschulen ist stark eingeschränkt. Dadurch werden Forschung und Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft massiv behindert.

Tourismus: Potentiale ausschöpfen

Die AfD tritt dafür ein, dass Vermietungshemmnisse von Privatleuten an Touristen abgebaut oder ganz gestrichen werden. Zweitwohnsitzsteuern sind für die Zeit zu reduzieren, in denen Immobilien vermietet werden. Zu bedenken ist, dass geringere Abgaben gegebenenfalls durch höhere Umsätze überkompensiert werden können.

Schleswig-Holstein bietet hervorragende Möglichkeiten für Strandurlauber, Wassersportler, Städtereisende und Naturliebhaber. Um die Schönheit unserer Landschaft, unserer Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten, setzen wir uns für einen sanften Tourismus ein. Unser Augenmerk gilt vorrangig einer Erhöhung der Qualität der touristischen Angebote sowie der Verbesserung der Infrastruktur. Der Saisonverlängerung in die Nebenzeiten hinein kann auch das wachsende Segment des Gesundheitstourismus dienen. Wir unterstützen die Anstrengungen der Gemeinden für eine bessere Infrastruktur sowie beim Erwerb von Qualitätstiteln wie „Seebad“ oder „Luftkurort“.

8. STEUERN UND FINANZEN

Solidaritätszuschlag endgültig abschaffen

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Solidaritätszuschlag abgeschafft wird. Jede Weiterführung über 2019 hinaus lehnen wir ab.

Trotz immer weiter steigender Steuereinnahmen will die Regierung auch nach dreißig Jahren nicht ihr Versprechen einlösen, den Solidaritätszuschlag nur begrenzte Zeit zu erheben.

Kalte Progression bekämpfen

Die AfD setzt sich dafür ein, die Höhe des Freibetrages und der Steuerstufen an die Inflationsrate zu koppeln.

Steigen die Löhne genau um die Inflation, so fallen höhere Steuern an, obwohl die Kaufkraft nicht gestiegen ist. Das bezeichnet man als „kalte Progression“. Die laufenden Steuererhöhungen der Regierung durch die kalte Progression müssen endgültig abgeschafft werden.

Wettbewerb der nationalen Steuersysteme erhalten

Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme. Die AfD wendet sich entschieden gegen ein eigenes Steuererhebungsrecht der Europäischen Union. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Unternehmen, die unser Land als Markt nutzen, hier auch Steuern und Abgaben bezahlen.

Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung

Während Steuerhinterziehung eine Straftat darstellt, bleibt die Verschwendung von Steuermitteln zumeist folgenlos. Die AfD in Schleswig-Holstein schließt sich der Forderung des Bundes der Steuerzahler nach einem Straftatbestand der Haushaltsuntreue und der Steuergeldverschwendung an.

Öffentliche Bauprojekte müssen so geplant werden, dass die veranschlagten Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Zudem müssen die Vorhaben der Selbstkontrolle der Landesregierung entzogen werden. Diese Art von Kontrolle hat sich nicht bewährt. Die Kompetenzen des Landesrechnungshofs sind zu stärken, er soll begleitende Kontroll- und Durchgriffsrechte erhalten.

Gründerwerbsteuer abschaffen

Selbstgenutzter Wohnraum soll von der Gründerwerbsteuer befreit werden.

Es ist in sich widersprüchlich, wenn der Staat einerseits für Bezieher kleiner Einkommen Wohngeld gewährt, den sozialen Wohnungsbau mit erheblichen Mitteln bezuschusst, andererseits aber die lebenslange Selbstversorgung des Bürgers mit einer eigenen Wohnung steuerlich mit der Gründerwerbsteuer belastet.

Haftung bei Banken abbauen

Die AfD tritt entschieden für den 100-prozentigen Schutz der Bankeinlagen ein. Deswegen fordern wir, dass die Geldkonten bei den Geldinstituten als Sondervermögen zu halten sind, welches im Insolvenzfall nicht für die Geldinstitute haftet. Die Sicherung der Bankeinlagen durch Fonds und andere Mechanismen sind dann überflüssig.

Wer bei einem Bäcker einkauft oder im Restaurant isst, der haftet nicht für den Bäcker oder das Restaurant. Geldeinlagen der Bankkunden gelten jedoch unausgesprochen als Kredit an die Bank. Der Kunde einer Bank haftet also für diese mit, auch und besonders, wenn die Bank insolvent wird. Darin sehen wir einen grundsätzlichen Fehler des Systems.

Will eine Bank mit Kundengeldern arbeiten, so kann sie das – im Rahmen des gesetzlichen Anleger-schutzes – indem sie z. B. den Kunden Wertpapiere verkauft, „Risikokonten“ einrichtet oder besondere Vereinbarungen trifft. Diese Regelung bedarf angemessener Übergangszeiten. Die Geldmengen- und Zinspolitik der Zentralbank bleibt unangetastet.

Staatliche Subventionen reduzieren und befristen

Den Subventionsdschungel von EU, Bund, Ländern, Kommunen und der Sonderfonds will die AfD konsequent lichten.

Subventionen sind willkürliche Förderungen. Sie fördern, was sonst nicht lebensfähig wäre. Diese Förderungen gehen zu Lasten anderer und schwächen diese. Deswegen sind Subventionierungen – sofern wirtschaftlich sinnvoll - nur als Hilfe zur Selbsthilfe geeignet und zeitlich zu begrenzen.

Abgeordnetendiäten kürzen

Die AfD tritt für die Reduzierung der Abgeordnetendiäten des Schleswig-Holsteinischen Landtages um 20 % ein.

Die Haushaltsplanung der „Küstenampel“ sieht trotz Rekordeinnahmen weiterhin eine Neuverschuldung vor. Eine „strukturelle Schwarze Null“ wird erst für den Zeitraum 2020 weit nach der Landtagswahl angestrebt/versprochen. Gleichzeitig musste der deutsche Steuerzahler im Jahre 2016 bis zum 12. Juli (der sogenannte symbolische Steuerzahlergedenktag vom deutschen Bund der Steuerzahler) nur für die zu leistenden Abgaben arbeiten.

Die AfD strebt insgesamt eine Umkehr in der Ausgaben- und Abgabepolitik an. Die AfD hält es für angemessen, hiermit bei denjenigen anzufangen, die ihr Gehalt (die Abgeordnetendiäten) selbst bestimmen.

9. INFRASTRUKTUR, WOHNEN UND VERKEHR

Werterhalt vor Modernisierung und Neubau

Die AfD fordert, die permanente Zweckentfremdung von direkten und indirekten Einnahmen aus dem Verkehr unverzüglich einzustellen. Die Mittel sind für die Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen.

Deutschland lebt von seiner Substanz. Die erforderlichen Mittel sind zwar durch sprudelnde Steuereinnahmen vorhanden, werden von den etablierten Parteien aber oft zweckentfremdet. Allein im Straßenwesen werden jährlich über 50 Mrd. Euro eingenommen, es werden aber für den Neubau und den Erhalt von Straßen, Brücken, Umschlagplätzen, Schienenverkehr und Wasserwegen weniger als 20 Mrd. ausgegeben. Dadurch ist mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährdet. Das bedeutet auch, dass Autofahrer für Dinge aufkommen, für die sie als Autofahrer nicht verantwortlich sind.

Die AfD fordert, dass bei Planung und Ausführung von Bauvorhaben für den Straßenverkehr sämtliche Aspekte, besonders auch die der betroffenen Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden.

Schnelle Straßen- und Schienenverbindungen beleben die Wirtschaft und verringern die Transportkosten. Jeder Stau ist für alle Wartenden geld- und zeitraubend und erhöht die Umweltbelastung erheblich. Ob eine Schnellstraße zwei- oder dreispurig gebaut, ob eine Umgehungsstraße geschaffen wird, ob Fährverbindungen eine höhere Frequenz und bessere Anbindung erhalten, ob Brücken oder Untertunnelungen gebaut oder alternative Verkehrswege neu oder ausgebaut werden sollen, ob Straßen zur Vermeidung von Staus besser nachts ausgebaut werden: Jede dieser Entscheidungen hat zwei Seiten: die der Kosten und die des Nutzens für die Bürger.

Öffentlich-Private Projekte - Transparenz statt Lobby

Die AfD fordert, dass die Infrastruktur im Besitz und vollständig unter der Kontrolle der öffentlichen Hand bleibt. Damit sind dann die Geheimverträge zwischen den privaten Betreibern und der öffentlichen Hand nicht mehr notwendig.

Um im Augenblick nicht für die Kosten bei Neubau oder Instandsetzung aufkommen zu müssen, sind einige Autobahnabschnitte „privatisiert“ worden. Private Einrichtungen wollen immer Gewinne erzielen, während der Staat auf Gewinne verzichten kann.

Straßen- und Schienennetz: Substanz erhalten

Die AfD fordert für Schleswig-Holstein eine verbesserte Ost-Westküstenverbindung, eine bessere Verkehrsanbindung an die Ballungszentren und einen vorrangigen Ausbau der Lichtwellenleiter-Breitbandverkabelung.

Um den Verkehrsfluss zu verbessern, ist es häufig sinnvoll, eine Ortsumgehung, einen zusätzlichen Kreisverkehr zu bauen oder eine intelligente Ampelsteuerung zu installieren. Außerdem setzt sich die AfD dafür ein, dringend erforderliche Instandhaltungen und Instandsetzungen vorrangig und jetzt zu realisieren, statt auf Prestigeprojekte zu setzen.

Strukturschwache Regionen erfahren nur dann einen wirtschaftlichen Aufschwung, wenn eine leistungsfähige Infrastruktur vorhanden ist. Dazu gehört neben gut ausgebauten Verkehrswegen auch die Bereitstellung von Breitbandnetzen für die digitale Kommunikation.

Die AfD setzt sich für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Bahnanbindungen zu den Metropolen ein sowie für den Bau der dafür notwendigen Parkplätze.

Auf den Autobahnen rund um die Metropolen herrscht morgens und abends Dauerstau durch extremen Pendlerbetrieb. Die Aussichten für Bus und Bahn sind trotzdem schlecht, weil der öffentliche Nahverkehr unzureichend mit Finanzen ausgestattet wird. Kosten kann man senken, wenn in verkehrsunruhigen Zeiten die Beförderungspflicht im Rahmen des Fahrplans auch auf Abruf durch kleinere Fahrzeuge erfüllt wird.

Die AfD setzt sich dafür ein, das Missverhältnis zwischen Steueraufkommen und eingesetzten Mitteln für den Straßenbau zu beenden und die Ausgaben für den Straßenbau so zu erhöhen, dass die vorhandene Infrastruktur gepflegt werden kann und dringend notwendige Erweiterungen gebaut werden können.

Der Ausbau unseres Straßennetzes geht zu langsam voran, ein eklatantes Beispiel ist die A20. In Schleswig-Holstein fehlen schnelle Ost-West-Verbindungen. Die Instandhaltung von Straßen und Brücken wird vernachlässigt, ihr Zustand wird von Jahr zu Jahr schlechter. Dabei sind die Einnahmen aus dem Straßenwesen mit mehr als 50 Milliarden Euro jedes Jahr nicht gering. Es werden aber weniger als 20 Milliarden im Jahr für die Verkehrsinfrastruktur ausgegeben. Das widerspricht dem Verursacherprinzip. Eine Mittelschicht hat auch zweckgebunden auf die kommunale Ebene zu erfolgen. Im Gegenzug sind landesweit die Straßenausbaubeitragssatzungen abzuschaffen.

Freie Nutzung der Verkehrsmittel ohne Schikanen

Die AfD setzt sich für einen Mehrschichtenbetrieb ein. Mit den bauausführenden Firmen sind feste Termine auszuhandeln, die auch konsequent überwacht werden müssen. Bei Terminüberschreitungen sind empfindliche Konventionalstrafen zu vereinbaren. Garantieleistungen für mangelnde Bauausführungen sind durch eine Bankbürgschaft abzusichern.

Geschwindigkeitskontrollen soll es nur an nachweislichen Unfallschwer- und neuralgischen Punkten geben - ihr Ziel soll nicht sein, die öffentlichen Finanzen aufzubessern.

Statt mit hohem Aufwand wenig effektive „Blitzermarathons“ und Geschwindigkeitskontrollen an lukrativen Stellen durchzuführen, sollen verstärkt Radarkontrollen angekündigt werden. In den Ortseinfahrten und gefährlichen Straßenabschnitten müssen Anlagen installiert werden, die die gefahrene Geschwindigkeit des Fahrzeugs anzeigen und säumige Fahrer „aufwecken“.

Baustellen auf Autobahnen über mehrere Jahre und die damit verbundenen verringerten Spurbreiten führen zu vielen Unfällen und langen Staus. Sie sind für Autofahrer zu „Horrorpisten“ geworden.

Maut gerecht erheben

Die AfD setzt sich dafür ein, den deutschen Kfz-Haltern mit der Zahlung der Kfz-Steuer eine Maut-Plakette für ein Jahr zu geben. Ausländische Kfz-Besitzer erwerben bei der Einreise eine Plakette für die beabsichtigte Zeit des Aufenthalts.

Deutschland hat als zentrales Transitland mit Abstand das höchste europäische Verkehrsaufkommen auf Straße und Schiene. Ausländische Verkehrsteilnehmer werden nur unzureichend zur Deckung der Kosten herangezogen. Ausländische PKW zahlen bei uns keine Mautgebühren. Auf der anderen Seite werden deutsche Autofahrer gleich doppelt zur Kasse gebeten, durch Mautgebühren in vielen anderen europäischen Staaten und durch Zahlungen aus deutschen Steuermitteln an die EU, die die Gelder für Verkehrsinfrastruktur an alle Mitgliedsländer verteilt.

Zweiradverkehr stärken

Die AfD möchte den Zweiradverkehr stärken – vom Fahrrad bis zum Motorroller, weil diese Verkehrsmittel gar keine oder weniger Emissionen verursachen. Die Radwege in Schleswig-Holstein sind durchweg in einem sehr schlechten Zustand. Hier besteht vor allem im städtischen und stadtnahen Bereich dringender Handlungsbedarf, um die Akzeptanz dieses umweltfreundlichsten aller Verkehrsmittel zu fördern. Bei Krafträdern fordert die AfD die Ausschöpfung der europäischen Führerscheinrahmenrichtlinien, um zum Beispiel Motorroller bis zu 125 cm³ mit dem normalen Pkw-Führerschein betreiben zu können.

Stärkung des ländlichen Raums

Die AfD bekennt sich zur Stärkung des ländlichen Raums als Teil der historisch gewachsenen Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins. Die historische Besiedlung Schleswig-Holsteins ist bis heute durch kleinere, selbständige Bauernhöfe und viele kleine Ortschaften gekennzeichnet. Die dort lebende Bevölkerung ist tief mit dem Heimatort und dem ländlichen Umfeld verwurzelt. Dieser ländliche Raum stellt nicht nur einen hochwertigen Lebensraum für die Menschen dar, sondern ist zugleich landwirtschaftlicher Produktionsstandort für Lebensmittel und Tierfutter. Außerdem dient er als Naherholungsraum für die städtische Bevölkerung und weitläufiges Tourismusgebiet.

Die traditionellen Instrumente zur Förderung ländlicher Räume genügen nicht mehr, um die flächenhaft fortschreitenden Siedlungsverluste aufzuhalten oder gar umzukehren. Dem wachsenden Zuzugsdruck in die Zentren der Wachstumsgebiete steht eine rückläufige Nachfrage nach Wohnraum in der Fläche gegenüber. Die Landbevölkerung nimmt immer schneller ab. Ursachen sind Überalterung, Strukturmängel und Strukturverarmung, Geburtenrückgang und fehlende Arbeitsplätze. Das zieht weitere Verluste an Attraktivität nach sich und schwächt die ländlichen Regionen.

Die AfD will die ländlichen Regionen stärken. Wir wollen die Attraktivität des ländlichen Raumes mit einem aktiven Gemeindeleben und einem funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenhalt erhalten

bzw. wiederherstellen. Nur mit gesunden Strukturen in den Dörfern werden diese peripheren Räume nicht weiter degenerieren. Zu einem lebenswerten ländlichen Raum zählen eine intakte bäuerliche Landwirtschaft, eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft und eine ausreichende Infrastruktur. Diese umfasst alle für die Daseinsvorsorge notwendigen Einrichtungen wie Schulen, medizinische Versorgung, Breitband-Kommunikation und Erhalt von öffentlichen Verkehrsmitteln. Nur durch zielgerichtete Investitionen und eine kluge Ansiedlungspolitik lässt sich für junge Familien im ländlichen Raum eine Perspektive schaffen und die derzeit negative demografische Entwicklung umkehren.

Ärztliche und pharmazeutische Grundversorgung als Schlüsselaufgabe betrachten

Der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung in kleineren Ortschaften und Dörfern kommt eine Schlüsselrolle zu. Um dem Personalmangel in diesen Bereichen entgegenzuwirken, schlägt die AfD die Reservierung eines jährlichen Kontingentes an Studienplätzen für Mediziner und Pharmazeuten an der Christian-Albrechts-Universität (CAU) Kiel und für Pharmazeutisch-Technische Assistenten an der PTA-Schule in Neumünster vor. Hierfür bietet die Landesregierung jährlich eine festgelegte Anzahl Stipendien an, die mit der Verpflichtung verbunden sind, nach Beendigung der Ausbildung einen gleichwertigen Zeitraum in ländlichen Praxen und Apotheken zu arbeiten. Bei der Etablierung neuer oder der Übernahme bestehender Praxen oder Apotheken in ländlichen Gebieten bietet die Landesregierung zinsfreie Darlehen an.

Fehlende ländliche Dienstleistung durch mobile Lösungen verbessern

Wo feste Strukturen nicht vorhanden sind, setzt sich die AfD dafür ein, die ländliche Infrastruktur durch mobile Lösungen zu verbessern. Beispiele dafür sind fahrende Versorgung für den täglichen Bedarf, für Verwaltungsdienstleistungen, mobile Weiterbildungs- und Kulturangebote, mobile Gesundheitsversorgung – auch von Hebammen und Physiotherapeuten – mobile Altenbetreuung und Betreuung Jugendlicher.

Politische Aufgaben, Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen dezentralisieren

Um das Subsidiaritätsprinzip und die bürgernahe Verwaltung zu stärken, befürwortet es die AfD, politische Aufgaben, Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen weitmöglichst zu dezentralisieren, soweit kein überörtlicher Regelungs- und Koordinierungsbedarf besteht. Bestehende Ämterstrukturen in Schleswig-Holstein sollen erhalten bleiben, um eine bürgernahe Verwaltung zu gewährleisten. Das grundgesetzlich verankerte Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der Kommunen soll beibehalten und gestärkt werden. Die Benachteiligung ländlicher Gemeinden bei der Finanzverteilung wollen wir beenden, um ihnen ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben.

Ausbau des Breitbandnetzes mit Glasfaser bis ins Haus in ländlichen Gebieten beschleunigen

Der Ausbau des Breitbandnetzes ist eine sinnvolle Maßnahme, um den ländlichen Raum zu stärken. Verkehrsmäßig abgelegene Standorte werden hiermit als Wohnorte attraktiver, Heimarbeitsplätze auf dem Lande gestärkt, das Bildungsangebot und der Zugang zu Behörden verbessert, und er bietet Gewerbetreibenden Anbindung an moderne Kommunikationsnetze.

Wohnungspolitik: Baurecht aufräumen, Wohnraum schaffen

Die AfD setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der allgemeinen Vereinfachung der Verwaltungsabläufe auch Planfeststellungsverfahren wesentlich straffer organisiert und zeitlich begrenzt werden.

Es ist ökonomischer Unfug und rechtlich unnötig, dass Planfeststellungsverfahren jahrzehntelang dauern. Planfeststellungsverfahren könnten per Gesetz wesentlich beschleunigt werden, ohne dass eine sachgerechte Einbeziehung aller ortsansässigen Betroffenen darunter leiden müsste. Besonders die aus ideologischen Gründen übertriebenen Umweltschulungen müssen auf einen normalen Umfang reduziert werden.

Grunderwerbsteuer abschaffen

Selbstgenutzter Wohnraum soll von der Grunderwerbsteuer befreit werden.

Es ist in sich widersprüchlich, wenn der Staat einerseits für Bezieher kleiner Einkommen Wohngeld gewährt, den sozialen Wohnungsbau mit erheblichen Mitteln bezuschußt, andererseits aber die lebenslange Selbstversorgung des Bürgers mit einer eigenen Wohnung steuerlich mit der Grunderwerbsteuer belastet.

30er-Zonen nur, wo zwingend notwendig

Die AfD befürwortet 30er-Zonen nur an Stellen, an denen mit einem besonders unbedachten Verhalten von Fußgängern zu rechnen ist, also vor Kindergärten, Schulen, Altersheimen, Krankenhäusern, in reinen Wohngebieten ohne Durchgangsverkehr.

Die 30er-Zonen mit Verkehrshindernissen und erzwungenem Einbahnverkehr führen durch die vielen Stopps nicht zu weniger Schadstoffausstoß und geringerer Lärmbelästigung, sondern eher zu deutlich mehr. Die Verringerung der Durchschnittsgeschwindigkeit trägt zusätzlich zu den parkplatzsuchenden Fahrzeugen häufig dazu bei, Rückstaus bis hin zu den Zubringerstraßen zu erzeugen. Aus diesem Grunde ist es weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll, ganze Innenstädte zur 30er-Zone zu erklären.

10. ENERGIE

Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden, Umwelt schützen

Die Stromversorgung in Deutschland ist in einer desolaten Situation. Das Risiko eines Stromausfalls („Blackout“) hat eine unvertretbare Größenordnung erreicht. Die sogenannten Erneuerbaren Energien (Strom mittels Wind, Sonne, Biogas = EE-Strom) bringen naturgemäß Defizite mit sich. Dazu gehören ihre zu geringe Energiedichte, ihre Unzuverlässigkeit und ihre schlechte Regelbarkeit. Dadurch können sie die erforderliche Netzstabilität nicht leisten – im Gegensatz zu Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken. Nur die drei Letztgenannten vermögen es, die Soll-Netzfrequenz von 50 Hertz stabil zu halten. Schon bei einer Abweichung um 0,2 Hertz von der Sollfrequenz besteht die Blackout-Gefahr. Ausgerechnet diese Kraftwerke werden mittlerweile jedoch schon abgeschaltet.

Die geplanten neuen Ferntrassen für diesen Strom dienen nicht dazu, die Versorgung zu stabilisieren, sondern nur dazu, den zur falschen Zeit und am falschen Ort produzierten Windstrom fortzuschaffen, statt ihn einfach nicht zu produzieren. EE-Strom ist vergleichsweise um ein Vielfaches teurer und nicht bedarfsgerecht verfügbar. Die käuflich zu erwerbenden CO₂-Zertifikate sollen den Strom aus Kohle, Gas und Kernkraft künstlich verknappen und zusätzlich verteuern, um dem Bürger eine fiktive Wirtschaftlichkeit des EE-Stroms vorzugaukeln. Alle drei EE-Strom-Erzeugungsarten belasten Flora, Fauna und das Landschaftsbild. Strom aus Biogas entzieht außerdem der Versorgung mit Futter- und Lebensmitteln wichtige agrarische Rohstoffe, macht sie knapper und verteuert daher auch diese Nahrungsmittel.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist nicht reformierbar

Den EE-Strom weiterhin direkt oder indirekt zu subventionieren, muss aufhören. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), weil nicht reformierbar, und die Ausschreibungen für EE-Anlagen sind ersatzlos zu streichen, die geplanten Ferntrassen und weitere EE-Anlagen nicht mehr zu errichten, die EEG-Zahlungen für bestehende EE-Anlagen auf ihre Höhe rechtskonform zu überprüfen. Solange EE-Strom noch erzeugt wird, muss der Bürger zwischen alternativen und herkömmlichen Stromerzeugungsarten wählen können. Eine Quersubventionierung darf nicht erfolgen.

Die sogenannte Energiewende ist zu einem gewaltigen Subventionsmonster entartet. Die Stromabnehmer müssen diese technisch desolante und unwirtschaftliche Politik mit überhöhten Strompreisen bezahlen. Derzeit ist Deutschland unter den europäischen Industrieländern mit weitem Abstand Stromkosten Spitzenreiter. Die AfD will das nicht hinnehmen und sich für eine Energiepolitik der Vernunft einsetzen.

CO₂-Zertifikate und den Handel mit ihnen abschaffen

Die AfD tritt dafür ein, die Klimaforschung, soweit sie lediglich auf Computer-Modellen basiert und nicht ergebnisoffen betrieben wird, nicht weiter zu fördern und die einseitige Darstellung des anthropogenen CO₂ als vermeintliche Ursache von befürchteter Klimaerwärmung aufzugeben.

Die Untersuchungen einiger Institute zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO₂-Emissionen sind sehr unsicherheitsbehaftet, teilweise widerlegt und beruhen nur auf Computer-Modellen. Das Klima hat sich in der Erdgeschichte stets - also auch vor der Industrialisierung und ohne menschlichen Einfluss - verändert.

Zum Schutz von Mietern und Eigentümern: Energiesparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz abschaffen

Die AfD tritt dafür ein, die Energieeinsparverordnung ersatzlos aufzuheben. Allein der Bauherr oder Hauseigentümer entscheidet über Energieeinsparmaßnahmen. Der Gesetzgeber hat hier nichts vorzuschreiben und zu begünstigen. Folglich sind die Energieausweise abzuschaffen.

Die Energieeinsparverordnung zwingt die Bauherren und Hauseigentümer zu hohen Investitionen, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll sind. Selbst bei einem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren amortisieren sich diese Investitionen meist nicht. Dämmung kann zu Schimmelbildung führen, das Haus insgesamt wird geschädigt. Oftmals führt dies zu gesundheitlichen Problemen.

Fracking: Risiken und Chancen erforschen, nicht ohne Bürgerbeteiligung

Die AfD setzt sich dafür ein, unnötige Verbote abzuschaffen und die Technik, die Vorteile und die Risiken nach den bestehenden strengen deutschen Umwelt- und Bergbaugesetzen erforschen zu lassen. Die Bevölkerung ist über die Risiken sachlich zu informieren.

Fracking ist umstritten. Bei dieser Technik werden Chemikalien unter hohem Druck in verzweigte Lagerstätten gepresst, um Gas und Öl aus tiefen Erdschichten zu gewinnen. In unserem dicht besiedelten Land birgt diese Technik Risiken für das Grundwasser. Die kurze Nutzungsdauer steht im Missverhältnis zu den möglichen Gefährdungen. Fracking hat mit dazu geführt, dass die Preise für Erdölprodukte und Gas weltweit erheblich gesunken sind. In Schleswig-Holstein ist ein kommerzieller Einsatz des Fracking zurzeit nicht zwingend erforderlich, da reichlich Erdöl und Gas am Markt vorhanden sind. Die endgültige Entscheidung sollen die Bürger vor Ort treffen.

Erdwärmegewinnung

Die AfD verfolgt die Politik, neue Techniken zu untersuchen und zu erproben, um sie fundiert beurteilen zu können.

Die Gewinnung von Erdwärme aus großen Tiefen birgt Gefahren. Durch die Bohrungen können bisher in sich geschlossene Bodenschichten miteinander in Kontakt geraten. Daher sind vor jeder Bohrung umfangreiche Untersuchungen durchzuführen.

Bei einer großflächigen Nutzung kommt es zu einer dauerhaften Abkühlung des Bodens. Schäden an Gebäuden und Infrastruktur, ausgelöst durch Bodenbewegungen, gehören zu den Risiken.

Kernenergie: Alternativen erforschen. Bis dahin Laufzeitverlängerung

Die AfD tritt dafür ein, dass sich deutsche Forschungsinstitute an internationalen Programmen zur Entwicklung neuer kerntechnischer Anlagen für die Stromerzeugung beteiligen. Daneben sollen auch andere Formen der Energiegewinnung wie etwa die Kernfusion weiterentwickelt werden.

Seit der „Energiewende“ wird die Forschung fast ausschließlich auf alternative Elektrizitätserzeugung beschränkt. Deutschland hat sich von der Weiterentwicklung der Kerntechnik verabschiedet und arbeitet an internationalen Programmen neuer Kernreaktoren nicht mehr mit. Dadurch wird ein wichtiges wirtschaftliches Betätigungsfeld der ausländischen Konkurrenz überlassen. Das gilt auch für den Transmutationsreaktor, mit dessen Hilfe abgebrannte Brennelemente weiter verwendet statt endgelagert werden können.

11. NATUR- UND UMWELTSCHUTZ, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Wir stehen zu unserer Verantwortung für nachfolgende Generationen!

Die AfD setzt sich für den Erhalt einer intakten und vielfältigen Natur ein. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftigen Generationen.

Die AfD strebt einen Umweltschutz unter Einbeziehung des Menschen an: Der Mensch ist ein Teil der Natur und kein Fremdkörper. Die AfD fordert, dass die Landwirtschaft wieder eine Wertschätzung erfährt, wie sie ihrer bedeutenden Leistung für die Allgemeinheit entspricht. Die Landwirte haben Anspruch auf angemessene politische Rahmenbedingungen.

Eine Versorgung der Bevölkerung mit unbelasteten Nahrungsmitteln zu realen Preisen kann langfristig nur sichergestellt werden, wenn landwirtschaftliche Betriebe wieder eine planbare Zukunft bekommen.

Rückführung von Kompetenzen der EU

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass möglichst viele Entscheidungen wieder vor Ort getroffen werden können. Dazu fordern wir die Rückführung von Kompetenzen der EU auf Bundesländer und Regionen. Die bisherige Regulierungswut der EU ohne Berücksichtigung lokaler Bedingungen lehnen wir ab.

Die AfD fordert die sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, weil diese zu einer Existenzgefährdung für viele Betriebe geführt haben.

Eine naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft

Die AfD Schleswig-Holstein befürwortet bei der Erzeugung von Getreide, Obst und Gemüse einen Anbau mit genau abgestimmtem Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, der die Nützlinge schont. Auswaschungen in das Grundwasser sollen weitestgehend vermieden werden.

Die chemische Unkrautbekämpfung soll langfristig durch eine mechanische ersetzt werden und das sogenannte „chemische Pflügen“ mit einer Übergangsfrist auslaufen. Der Ökolandbau wird von uns als positive Ergänzung zur konventionellen Landwirtschaft gesehen. Die zusätzliche Subventionierung von Öko-Landwirtschaft lehnt die AfD ab. Sowohl konventionelle als auch Bio-Produkte müssen sich am Markt bewähren. Beim Pflanzenschutz ist nur die Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten vorgesehen, wenn die wirtschaftliche Schadschwelle überschritten ist. Der Einsatz von chemischen und biologischen Pflanzenschutzmitteln ist erlaubt, wenn sie die Nützlinge nicht schädigen. Der Landwirt oder Gärtner soll regelmäßige Kontrollen in seinen Beständen durchführen und die Anzahl der gefundenen Schädlinge und Nützlinge dokumentieren. Regelmäßige Bodenuntersuchungen sollen den Düngebedarf ermitteln. Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, fordert die AfD die Angleichung der Pflanzenschutzrichtlinien in ganz Europa und für alle Importe.

Freie Entscheidung über Bewirtschaftungsformen

Die Art der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen wie Ackerland, Wiesen oder Sonderkulturen soll allein in der Entscheidung der Landwirte liegen. Die sich abzeichnende Planwirtschaft lehnt die AfD ab. Die Ausweisung von Naturschutzflächen und andere Beschränkungen erfolgen auf freiwilliger Basis und durch angemessene Entschädigungen. Ein staatliches Vorkaufsrecht für landwirtschaftliche Flächen lehnt die AfD ab. In neue Gesetzesvorhaben sollen die Landwirte schon frühzeitig eingebunden werden und dabei ein Mitspracherecht bekommen. Neben der traditionellen Produktion unterstützt die AfD auch die ökologisch wirtschaftenden Landwirte. Insbesondere soll das Verbraucherverhalten durch Aufklärung und Schulung verändert werden. Ohne die Akzeptanz breiter Bevölkerungsschichten können Biobauern nicht bestehen.

Gesunde, bezahlbare Lebensmittel

Die AfD Schleswig-Holstein setzt sich für die Versorgung der Bevölkerung mit unbelasteten, hochwertigen Lebensmitteln zu angemessenen Preisen ein.

Die Einfuhr und der Vertrieb von Lebensmitteln, die nicht unseren Qualitätsansprüchen und Gesetzen entsprechen, sollen durch eine hohe Kontrolldichte verhindert werden.

Direktvermarktung

Die AfD unterstützt generell alle Anstrengungen, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu regionalisieren.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Landwirte und Gärtner für saisonale Produkte wie z.B. Erdbeeren, Spargel und Kirschen auch außerhalb geschlossener Ortschaften Werbeschilder aufstellen dürfen.

Gleichbehandlung für die Forstwirtschaft

Die AfD fordert die Gleichbehandlung von Forstflächen bei Förderprogrammen gegenüber anderen landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Schleswig-Holstein gehört zu den waldärmsten Bundesländern. Bisherige Förderungen haben keine großen Fortschritte erbracht, da es sich in der Regel nur um einmalige Zahlungen handelte. Dagegen werden Acker- und Wiesenflächen mit einer jährlichen Zahlung gefördert. Die Gleichbehandlung könnte hier zu einer positiven Entwicklung führen.

Seit einigen Jahren steigt die Nitratbelastung des Grundwassers in Schleswig-Holstein wieder an und gefährdet damit langfristig unsere Trinkwasserversorgung. Mit einem Waldförderprogramm könnte dieser Trend gestoppt werden, denn ein natürlich bewirtschafteter Wald hat eine erhebliche Reinigungsfunktion für das Grundwasser. Der Wald sorgt außerdem für saubere Luft, ein ausgeglichenes Klima, liefert mit Holz einen nachwachsenden Rohstoff und bietet Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Die AfD setzt sich für eine Naturverjüngung ohne teure und den Charakter der Landschaft verunstaltende Wildschutzzäune ein, um artenreiche, gesunde und widerstandsfähige Mischwälder zu erhalten.

Naturschutz und Naturnutzung: Kein Widerspruch

Bei allen Projekten für den Umweltschutz wird es mit der AfD keine Enteignungen von Landwirten und keine Berufsverbote für Fischer geben, sondern eine umweltverträgliche Weiterentwicklung dieser Traditionsberufe, die für die Versorgung der Bevölkerung unverzichtbar sind.

Erfolgreicher Umweltschutz kann nur funktionieren, wenn er auf eine breite Akzeptanz stößt. Kindergarten und Schule sollen den Kindern möglichst frühzeitig die Zusammenhänge in der Natur nahebringen. Umweltbewusste Bürger können allein durch ihr Kaufverhalten den Umgang mit der Natur verändern und eine artgerechte Unterbringung von Nutztieren erwirken. Die Verantwortung für unsere Umwelt liegt bei allen Bürgern. Zum Schutz unserer Umwelt wollen wir den Landschaftsverbrauch drastisch reduzieren und bestehende Flächen für Industrie und Handel besser nutzen. Schadstoffeinträge in Boden, Wasser und Luft sollen verringert und zukünftig möglichst ganz vermieden werden.

Änderung des Grünlandumbruchverbotes

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Landwirte selbst bestimmen können, was sie mit ihren Flächen machen. Landwirte müssen selber planen dürfen, welche Flächen sie als Acker- und welche sie als Grünland nutzen und bewirtschaften. Die Regelung, dass eine Ackerfläche nach fünf Jahren Begrünung automatisch zu Grünland wird und dieses nicht mehr umgebrochen werden darf, ist abzuschaffen.

Das jetzige Grünlandumbruchverbot benachteiligt die Landwirte auf eine unverhältnismäßige Art und Weise. Auch enteignet es de facto: Denn wer Ackerland mit Gras bepflanzt und diese Grasnarbe älter als fünf Jahre werden lässt, wird enteignet in der Form, dass das Ackerland seinen Status verliert und zu Grünland wird. Aus Grünland kann man aber nicht einfach wieder Ackerland machen, denn dieses bedarf aufwendiger Genehmigungsvorgänge.

Das bedeutet: Die Landwirte werden dazu gezwungen, alle fünf Jahre einmal die Narbe zu zerstören, Diesel zu vergeuden und somit der Umwelt zu schaden, nur um keinen Wertverlust zu erleiden. Hierdurch

geschieht genau das Gegenteil von dem, wovor die Regelung eigentlich schützen soll: Emissionen werden freigesetzt, Diesel wird verschwendet und die Natur unnötig belastet.

Knickschutzverordnung rückgängig machen

Der letzte Erlass zur Knickschutzverordnung ist rückgängig zu machen. Die unverhältnismäßige Bevormundung der Landwirte durch den Gesetzgeber ist nicht hinnehmbar.

Seit gut einem Jahrhundert gibt es Knicks in Norddeutschland. Seit dieser Zeit wurden diese Knicks gepflegt, gehegt und in Schuss gehalten. Nun werden Vorschriften gemacht, welche an der Realität vorbeigehen. Nicht nur, dass der Landwirt jetzt eine Winkelberechnung tätigen muss, wie er zu schneiden hat, auch ein Randstreifen ist frei zu lassen. Dieser Streifen beträgt 50 cm vom Knick, wächst in den Jahren aber auf gut einen Meter an. Diesen Streifen darf der Landwirt nicht beackern; dieses kommt einer Enteignung gleich und ist daher abzulehnen.

Gewässer besser schützen

Die AfD strebt einen besseren Schutz unseres Grundwassers, der Fließgewässer sowie von Seen und Meeren an.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Umweltpolitik ist der Küsten- und Meeresschutz sowie der Erhalt und Schutz des Nationalparks Wattenmeer. Flüsse, Bäche und Seen sind Lebensräume, die der Mensch in den letzten Jahrhunderten stark verändert hat. Wir unterstützen die von den Wasser- und Bodenverbänden begonnene Renaturierung. Die notwendigen Maßnahmen sollen mit den betroffenen Bürgern und Vereinen abgestimmt werden. Enteignungen und Maßnahmen ohne jede Rücksicht auf die Interessen von Anliegern und Nutzern der Gewässer lehnen wir ab.

Bei allen Bauprojekten, wie zum Beispiel Schleusen oder Wasserkraftwerken, ist die Durchgängigkeit der Flüsse für die Wanderung von Fischen oder anderen Wasserorganismen zu gewährleisten. Nur so kann das Ökosystem Fluss funktionieren.

Gutes Trinkwasser dauerhaft sicherstellen

Durch eine verbesserte Anpassung der Stickstoffdüngung an den Nährstoffentzug kann und muss die Landwirtschaft die Nitratbelastung des Grundwassers weiter reduzieren.

In Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern wollen wir ausreichende Wasserschutzgebiete im Bereich von Trinkwasseranlagen schaffen. Jeglicher Eintrag von Gefahrstoffen in diesen Gebieten soll verhindert werden. In allen anderen Bereichen soll der Einsatz von Pestiziden, Fungiziden, Herbiziden und Düngemitteln weiter verringert werden.

Zur Finanzierung der Wasserschutzgebiete soll der sogenannte Wasserpfennig (z. Zt. 12 Cent/m³) nicht mehr im Landeshaushalt versickern, sondern bei den örtlichen Wasserversorgern verbleiben, die damit wesentlich größere Schutzgebiete finanzieren können. Das Geld ist zweckgebunden zu verwenden! Überschüsse sollen den Kunden der Wasserwerke zurückgezahlt werden. Die Verfüllung von Kiesgruben muss unterbleiben, da in der Regel ein direkter Kontakt zum Grundwasser besteht und somit Verunrei-

nigungen möglich sind. Langfristig wird sich ein ökologisches Gleichgewicht von selber einstellen. Die Sicherheit und langfristige Bezahlbarkeit, sowie erforderliche Reinvestitionen in unsere Trinkwasserversorgung, will die AfD nicht durch die Privatisierung der Wasserwerke gefährden. Unser Trinkwasser soll in den Händen von Stadtwerken, Genossenschaften und anderen Versorgungsgemeinschaften verbleiben.

Unser Land zwischen den Meeren

Mehr als 70 Prozent der Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt und der Schutz dieses Ökosystems ist von zentraler Bedeutung für die Menschheit. Schleswig-Holstein als Land zwischen zwei Meeren hat zudem ein erhebliches Eigeninteresse am Meeresschutz. Das Meer trägt nicht unerheblich zur Nahrungsvorsorgung bei. Daher ist ein nachhaltiger und umweltgerechter Umgang damit unerlässlich.

Die Überdüngung und der Eintrag schädlicher Chemikalien sollen weiter verringert, die natürlichen Fischbestände bestmöglich geschützt werden. Dazu gehört für uns die Förderung moderner Fischfangmethoden, um den Meeresboden zu schonen und den Beifang zu verringern. Die Ausweisung von Schongebieten und Fangbeschränkungen soll nur in Zusammenarbeit mit den Fischern erfolgen, wobei sich die Bereiche der Offshore-Windparks als neue Schutzbereiche anbieten.

Ziel unserer Bemühungen ist es, die umwelt- und gesundheitsschädlichen Aquakulturen im Meer überflüssig zu machen und den traditionellen Fischfang zu unterstützen, der uns mit unbelasteten Nahrungsmitteln aus dem Meer versorgen soll. Ein weiterer Ausbau von Fischfarmen darf nur ökologisch verträglich erfolgen. Die sogenannte Gammelfischerei zur Gewinnung von Fischmehl soll eingestellt werden. Die Gewinnung von Bodenschätzen im Meer muss staatlich stärker überwacht und der Rückbau der Anlagen durch Hinterlegung einer ausreichenden Kautions abgesichert werden. Die Umweltgesetzgebung soll auch in diesem Bereich weitestgehend von der EU auf die Mitgliedsstaaten übertragen werden. Dazu gehört auch die Ausweitung nationaler Fischfanggebiete.

Windenergie und Landschaft

Zur Lebensqualität gehört für uns auch ein harmonisches Landschaftsbild. Viele Bürger empfinden den ungebremsten Ausbau der Windenergie auf dem Lande als störend. Weitere Anlagen sollten daher nur noch mit Zustimmung der Anlieger erfolgen.

Tiere sind fühlende Wesen

Der Umgang des Menschen mit Haustieren, Nutztieren und Wildtieren deutet auf den Entwicklungsstand einer Gesellschaft hin. Auch in Deutschland gibt es viele Defizite in diesem Bereich. Nicht nur die Haltung von Nutztieren sollte weiter verbessert werden, das Schicksal vieler Haustiere ist oft viel härter. Modersassen sollten als Tierquälerei benannt werden.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass bereits in Kindergarten und Schule das Verständnis für die Bedürfnisse unserer Mitgeschöpfe gelehrt wird. Dabei wollen wir keine Verniedlichung, sondern eine sachliche Information ohne jede Ideologie.

Alle Haustierzuchtanlagen und Zoohandlungen sollen in regelmäßigen Abständen ohne vorherige Ankündigung durch staatliche Veterinäre überwacht werden.

Für gewerbsmäßige Haustierzüchter wird eine Fachkundeprüfung eingeführt. Beim Kauf eines Haustieres sind den Käufern Anleitungen zur Haltung der Tiere und Informationen über mögliche Gesundheitsgefahren zu übergeben. Tierfutter ist mit einem Hinweis über Inhaltsstoffe zu versehen. Jegliche Patente auf Lebewesen lehnt die AfD ab.

Artgerechte Tierhaltung - Tiere vor unnötigem Leid schützen

Die AfD will sich in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten für weitere Verbesserungen in der Nutztierhaltung einsetzen.

Landwirte und Konsumenten sollten dies gemeinsam angehen. Entscheidend für den Erfolg einer artgerechten Haltung ist die Nachfrage nach genau diesen Produkten. Die AfD unterstützt die neuen Initiativen von Politik und Handel zum Tierwohl ausdrücklich und wird auf eine weitere Verbesserung der Haltungsmethoden hinwirken. Entscheidend ist nicht die Anzahl der gehaltenen Tiere, sondern der zur Verfügung stehende Platz pro Tier.

Die AfD möchte den Einsatz von Antibiotika verringern. Heutige Klärwerke können Medikamentenrückstände nur unzureichend abbauen und so gelangen diese direkt in die Gewässer. In der Folge werden Abwässer angereichert.

Das Tierwohl bei der Landwirtschaft stärker in den Vordergrund rücken

Nicht nur aus ethischen, sondern auch wirtschaftlichen Gründen fordert die AfD in Schleswig-Holstein eine fortschrittliche Nutztierhaltung, wobei im Vordergrund das Tierwohl steht.

Um dieses objektiv beurteilen zu können, sollen wissenschaftlich geprüfte Indikatoren herangezogen werden. Die AfD lehnt Amputationen am Tier (z.B. Schwänze-Kupieren beim Schwein, Schnabel-Kürzen beim Huhn) zur Anpassung an das Haltungssystem ab. Die Haltungssysteme müssen an das Tier angepasst werden, nicht umgekehrt. Unter enger Zusammenarbeit mit der amtlichen Beratung soll den Betriebsleitern geholfen werden, Stressoren ausfindig zu machen und zu beseitigen. Das Kupierverbot allein reicht nicht aus, um das Leid der Tiere zu verringern. Anhand von Indikatoren (Häufigkeit des Antibiotikaeinsatzes im Stall, Tierverluste und Schlachtkörperbefund) sollen die Betriebe ausfindig gemacht werden, die starken Beratungsbedarf haben.

Kennzeichnungssystem für Tierhaltungsstandards einführen

Die AfD fordert ein Kennzeichnungssystem, das dem Verbraucher einfach und zuverlässig die zugrundeliegenden Tierhaltungsstandards signalisiert.

Der Verbraucher braucht dringend einen Hinweis an der Fleischtheke, der Informationen darüber gibt, wie die Tiere gehalten wurden. Die vielen Labels sind zu unübersichtlich und kompliziert. Analog zur staatlichen Kennzeichnungspflicht bei Eiern soll Fleisch von „produziert nach Ökoverordnung“ über „Tiere mit Auslauf“ bis hin zu „produziert nach gesetzlichem Tierhaltungsstandard“ in nicht mehr als vier Klassen eingestuft werden.

Schächten verbieten

Die AfD tritt für ein ausnahmsloses Verbot der Schlachtung ohne Betäubung (Schächten) ein und für strenge Kontrollen der Schlachtmethoden.

Die AfD fordert ein Handels-, Werbe- und Einfuhrverbot für Produkte aus tierquälerischer Schlachtung. Die Transportwege zu den Schlachthöfen sollen weiter verringert werden. Lebendtransporte zu Schlachthöfen im außereuropäischen Ausland werden verboten. Die Ernährung von Nutztieren mit artfremdem Futter (Tiermehl an Wiederkäuer) ist nicht zulässig und sollte staatlich besser kontrolliert werden. Futtermittelbetriebe haben die Sicherheit ihrer Produkte durch Eigenkontrollen zu gewährleisten.

Kleinbauern gleichstellen

Im Bau- und Naturschutzrecht sollen Kleinbauern und Hobbyhalter den Großbetrieben gleichgestellt werden.

Damit möchte die AfD erreichen, dass z.B. Schafhalter ihren Tieren kleine Schutzunterstände bauen können, damit die Tiere bei extremen Wetterlagen geschützt sind und nicht in der offenen Landschaft ausharren müssen. Bisher erhalten nur Haupterwerbslandwirte diese sogenannte Privilegierung.

Ruhezonen für Wildtiere

Schleswig-Holstein gehört zu den waldärmsten Flächenländern und bietet Wildtieren nur unzureichende Ruhezonen. Das vor einigen Jahren eingeführte unbegrenzte Betretungsrecht aller Wälder auch außerhalb der Waldwege hat zu einer erheblichen Belastung der Tierwelt geführt. Durch unvorsichtige Waldbesucher aufgeschreckte Tiere haben die Zahl der Wildunfälle (auch mit Personenschäden) ansteigen lassen.

Die AfD fordert daher gewisse Einschränkungen zum Schutz der Natur.

Die großen Staats- und Privatwälder sollen weiterhin für Pilzsammler und andere Naturfreunde zugänglich bleiben. Es soll aber die Möglichkeit der Ausweisung von Ruhezonen eingeführt werden. Die kleinen, verstreut liegenden Feldgehölze ohne Wege sollen als Rückzugsräume von Besuchern frei gehalten werden. Sie liegen oft wie winzige Inseln in unserer aufgeräumten Kulturlandschaft und sind besonders im Winter unersetzlich für die Tierwelt.

Alte Sorten schützen

Die AfD fordert die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen für alte Nutzpflanzensorten.

Nach Ablauf der Lizenzen müssen Züchter bisher sehr hohe Gebühren für die Anmeldung uralter Sorten zahlen, wenn sie diese vermarkten wollen. Diese Klausel im Saatgutverkehrsgesetz schützt lediglich große Konzerne vor der Konkurrenz durch Kleinzüchter.

Fischerei, Forst und Jagd: Nah an der Natur

Fangquoten aufheben

Die AfD fordert eine größere Beteiligung der Fischer an der Fangmengenbegrenzung.

Wissenschaftler und Berufsverbände sollen gleichgestellt werden. Die Fischereiberufsverbände sollen bei der Festlegung der Fangmenge den Wissenschaftlern gleichgestellt werden. Bei der Verteilung der Quoten auf die einzelnen Fischer werden Nebenerwerbsfischer bisher benachteiligt. Diese Praxis ist zu beenden! Langfristig strebt die AfD die Aufhebung der bisher völlig wirkungslosen Fangquoten an. Wichtiger wäre eine Vergrößerung der Maschenweiten in den Schleppnetzen und die Verringerung der Schleppgeschwindigkeit, um die erheblichen Beifangmengen zu reduzieren. Außerdem sollte die Subventionierung des Agrardiesels stufenweise beendet werden. Der billige Treibstoff führt dazu, dass auch bei geringem Fischbestand gefischt wird. Bei höheren Kosten würden diese Fangfahrten automatisch unterbleiben und der Fischbestand kann sich erholen. Bei der Binnenfischerei soll der Artenschutz für Kormorane den tatsächlichen Vorkommen angepasst werden. Wenn eine Tierart die Fischerei in ihrer Existenz bedroht, dann sind Änderungen erforderlich. Wird die geschützte Tierart zur Plage, dann sollte der Artenschutz wieder aufgehoben werden.

Jagdgesetz erhalten

Die AfD fordert den Erhalt des am 27.4.2016 novellierten Landesjagdgesetzes in seinen grundlegenden Punkten und Inhalten.

Denn wir stehen für die Bewahrung der Jagd in ihrer derzeitigen Vielfalt und Ausgestaltung. Die Jagd als Form des aktiven Naturschutzes und der Naturbewirtschaftung ist eine über viele hundert Jahre in Deutschland und Europa entstandene Form des Umgangs mit unserer Umwelt, aber auch ein Kulturgut, das es zu schützen gilt. Die Jagdverbände stellen die am besten ausgebildete Gruppe von aktiven Naturschützern und –bewahrern dar. Hierzu zählt die Hege als aktiver Naturschutz im Revier. Wild wird als hochwertiges Biolebensmittel verwendet. Daneben hilft der Jäger, Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft zu vermeiden. Diese Bestandsregulierung durch die Jäger ist ein wesentlicher Faktor einer nachhaltigen Natur-, Land- und Waldhege. Außerdem übernehmen Jäger mit ihrem freiwilligen Engagement für die Gesellschaft wertvolle Leistungen in den Bereichen Schadensvermeidung, Seuchenvorbeugung, Erhalt der Artenvielfalt, Lebensraumgestaltung, Vermeidung von Wildunfällen, Beseitigung von Unfallwild und vieles mehr, die die Erhebung der Jagdsteuer unverhältnismäßig erscheinen lassen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Schulen über die Jagd sachlich und ohne ideologische Scheuklappen informieren. Ziel muss es sein, die Jagdausübung und das Waidwerk als das darzustellen, was es ist: eine

in unserer gewachsenen Kulturlandschaft zentrale Form des Umwelt- und Naturschutzes. Nur so kann früh damit begonnen werden, einen aufgeschlossenen und interessierten Nachwuchs für die Jagd zu gewinnen.

Aufhebung des Verbotes der Jagd mit Bleimunition

Die Jagd ist ein Garant des aktiven Naturschutzes. Durch sie wird das Gleichgewicht der Natur gehalten. Damit dieses gelingt, bedarf es hochwertiger Technik und Ausrüstung, wozu auch die Munition gehört. Das Verbot, bleihaltige Munition in der Jagd einzusetzen, hat hier keinerlei Mehrwert für Sicherheit, Natur- und Umweltschutz. Im Gegenteil: Die Alternativmetalle, welche eingesetzt werden, bringen mehr Probleme als Nutzen. Daher setzt die AfD Schleswig-Holstein sich für eine Aufhebung des Verbotes der Jagd mit bleihaltiger Munition ein.

Munition aus Alternativmetallen kann zu Abreibungen in Gewehrläufen und zu einer Verengung des Laufes führen. Dieses wiederum führt zu Präzisionsverlust bis hin zur Zerstörung der Waffe durch zu hohe Gasdrücke. Durch Ablagerungen kann es außerdem vermehrt zu Fehlschüssen kommen, die im Sinne des Tierwohls unbedingt zu vermeiden sind.

Keine Reduzierung der Liste der jagdbaren Arten – keine ideologiegetriebenen Begrenzungen

Die Liste der jagdbaren Arten in Schleswig-Holstein ist angepasst an das Vorkommen der Arten, Bestandsdichten und die Schadenshäufigkeit. Diese Liste ist auch in der Vergangenheit immer wieder angepasst worden an die sich verändernde Situation in der Natur.

Die AfD fordert, dass diese Liste nicht weiter gekürzt wird und Jagdzeiten nur angepasst werden dürfen, wenn ein wildbiologischer Grund vorliegt oder andere Nutzer (im besonderen Land- und Forstwirtschaft) durch die Bestandszahlen der betroffenen Wildart beeinträchtigt werden.

Den Wolf in das Jagdrecht aufnehmen

Deutschland ist eine vom Menschen geformte Kulturlandschaft. Nahezu kein Quadratmeter Boden ist unberührt. Die Wildbestände müssen nach Art und Anzahl zu dieser Ist-Situation passen. Auch im Norden gibt es mehr und mehr Wolfsnachweise und –risse. Ab einer bestimmten Populationsdichte, die regional zu ermitteln ist, muss der Bestand kontrolliert werden, damit es nicht zur Gefährdung von Nutzvieh und ggf. auch Menschen kommt.

Die AfD fordert daher die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht in Schleswig-Holstein, um zukünftig eine bestandsorientierte Bejagung zu ermöglichen.

Hierbei spricht die AfD dem Wolf die Existenz auch in unserer Kulturlandschaft explizit zu, jedoch im angepassten und bestandsregulierten Rahmen.

Verursacherprinzip bei Bejagungsverbot durch Grundstückseigentümer

Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat jeder Grundstückseigentümer das Recht, die Jagd auf seinen Flächen nicht zuzulassen. Solange dieses Urteil gültige Rechtsgrundlage ist, setzt sich die AfD dafür ein, dass die Grundstückseigentümer, die die Bestandskontrolle von jagdbaren Arten auf diese Art und Weise erschweren, für die entstehenden Folgeschäden nach dem Verursacherprinzip zur Verantwortung gezogen werden können. In der Novelle zum Landesjagdgesetz Schleswig-Holstein vom 27.4.2016 wird die Befriedung von Eigentumsflächen aus ethisch-moralischen Gründen sogar auf juristische Personen, als auch Vereine oder Verbände, ausgeweitet.

Die AfD lehnt dies ab, und fordert stattdessen die Übernahme des neuen §6 des Bundesjagdgesetzes in die Landesjagdgesetze.

Wegegebot für Waldbesucher

Die AfD fordert eine Änderung der bisherigen Regelung zum Betreten der Wälder außerhalb von Wegen.

Die Wälder in Schleswig-Holstein bestehen zu einem großen Teil aus kleinen Feldgehölzen und diese dienen dem Wild als Rückzugsgebiete. Bei größeren Waldflächen ist eine Teilung in Erholungs- und Ruhezonen denkbar. Kleinere Flächen sollten nicht betreten werden, die Eigentümer sollten die Möglichkeit bekommen, uneinsichtige Besucher auf die Wege zu verweisen.

12. SCHLESWIG-HOLSTEIN IN EUROPA UND DER WELT

Außen- und Sicherheitspolitik

Das Themenfeld Deutschland und seine internationale Verantwortung ist grundsätzlich ein Bundesthema. Das Land Schleswig-Holstein ist davon aber gerade in der aktuellen Situation in vielfältiger Weise betroffen, die Landesregierung wirkt zudem über den Bundesrat an diesbezüglichen Entscheidungen mit. Daher sehen wir uns zur Stellungnahme gefordert, wobei wir uns auf das AfD-Grundsatzprogramm und einen Landesparteitagsbeschluss beziehen.

Deutsches Selbstverständnis

Deutschland versteht sich als ein souveräner Staat und Teil der abendländischen Kulturgemeinschaft. Seine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik hat deutsche Interessen zu vertreten. Deutschland schützt sich vor religiösem Extremismus, insbesondere dort, wo dieser unsere kulturelle Identität und Freiheit bedroht. Die AfD bejaht eine Fürsorgepflicht Deutschlands für die im Ausland lebenden deutschen Minderheiten.

Schleswig-Holstein in Europa

Um die gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zu wahren, sind alle Europäer auf eine enge Zusammenarbeit angewiesen. Die deutsche Politik wirkt deshalb an der Gestaltung gemeinsamer Strukturen mit, die europäische Interessen bündeln. Für Schleswig-Holstein ist die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Dänemark angezeigt. Das gilt einmal für die Förderung der Infrastruktur (Feste Fehmarnbeltquerung), zum anderen sollten wir uns an den dänischen Maßnahmen gegen die Massenmigration orientieren. Besonders wichtig ist für Schleswig-Holstein die Zusammenarbeit mit den Ostsee-Anrainerstaaten. Wir treten daher für eine Aufhebung der gegen Russland verhängten Sanktionen ein.

Die europäischen Institutionen bieten in der heutigen Gestalt Anlass zu entschiedener Kritik. Wir lehnen die gegenwärtigen Bestrebungen ab, die Europäische Union von einem Staatenbund in einen Bundesstaat umzuwandeln. Der Einfluss der Mitgliedsstaaten in den europäischen Institutionen sollte gemäß ihrer Einwohnerzahl und Leistung gestaltet werden. Eine Reform der Europäischen Union muss eine Verschlankung des EU-Beamtenapparates beinhalten. Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei in die EU ab.

Die NATO als Verteidigungsbündnis

Deutschland unterhält Streitkräfte zum Schutz seiner Bürger, seines Territoriums und seiner Interessen. In diesem Zusammenhang arbeiten wir eng mit Bündnispartnern zusammen. Ein wichtiger Teil der deutschen Sicherheitspolitik ist die Mitgliedschaft im NATO-Verteidigungsbündnis, deren europäischer Teil gestärkt werden muss.

Wir lehnen eine Osterweiterung der NATO ab. Der Status der alliierten Truppen in Deutschland ist der wiedererlangten deutschen Souveränität anzupassen.

Deutschland in der UNO

Wir fordern eine Reform der UN-Charta. Dabei sollten die „Feindstaatenklauseln“ aufgehoben und ein ständiger Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat angestrebt werden.

Kampf gegen Kriminalität verstärken

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die organisierte Kriminalität/Piraterie/Schlepperei halten wir den Einsatz von deutschen Streitkräften für möglich. Dieser Einsatz sollte allerdings nicht zu einer Erleichterung der Massenmigration führen. Die AfD sieht die originäre Aufgabe der Bundesmarine nicht vor den Küsten des südlichen Mittelmeeres im Seenotrettungsdienst. Die Rückführung der aus Seenot Geretteten in ihre Abfahrtsländer sollte auch durch massiven wirtschaftlichen Druck auf diese Länder ermöglicht werden. Bei der Absicherung von internationalen Seewegen - welches im deutschen wirtschaftlichen Interesse liegt - können deutsche Streitkräfte gegen den internationalen Terrorismus und die internationale Kriminalität (Piraterie) eingesetzt werden.

Unsere Bundeswehr stärken

Wir fordern eine Neuorganisation der Bundeswehr nach einer schonungslosen Analyse des Ist-Zustandes und in Kenntnis der zukünftigen Aufgabenstellungen (Weißbuch). Dazu gehört auch der Einsatz der Bundeswehr bei der Grenzsicherung und bei schwerwiegender Gefährdung von Sicherheit und Ordnung im Inneren, sofern die Bundespolizei überfordert ist. Der Erhalt nationaler wehrtechnischer Fähigkeiten und Schlüsseltechnologien ist unverzichtbar und gerade für Schleswig-Holstein (Marine / U-Bootsbau) auch wirtschaftlich von erstrangiger Bedeutung.

Wir fordern, dass deutsche Streitkräfte im Auslandseinsatz materiell und personell optimal ausgerüstet sind und über ein Mandat verfügen, das eine aktive und effektive Aufgabenwahrnehmung gewährleistet. Die AfD spricht sich für eine bestandswahrende Standortpolitik in Schleswig-Holstein aus.

Keine europäische Armee

Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest.

Entwicklungspolitik

Die AfD fordert, dass bei Projekten der Entwicklungspolitik einheimische und deutsche Interessen vorrangig berücksichtigt werden. Die AfD unterstützt es, den Ausbau der Goethe-Institute in den Entwicklungsländern zu intensivieren. Hierbei bieten sich für Schleswig-Holstein neue Möglichkeiten für Partnerschaften auf vielen Ebenen. Die AfD befürwortet die finanzielle Stärkung des UNHCR, um durch Hilfe vor Ort einer Massenmigration entgegenzuwirken.

Danke

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Wahlkampf-Spende

Trotz der großen Wahlerfolge sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen. Anders als die Alt-Parteien wollen wir weder von Groß Spendern und Lobbyisten noch allein von staatlichen Geldern abhängig sein.

Jede Zuwendung hilft!

Wir freuen uns über Ihre Spende:

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

AfD Landesverband Schleswig-Holstein
Förde Sparkasse Kiel

IBAN: DE 02 2105 0170 1001 9997 45
BIC: NOLADE21KIE

Alternative für Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein
Walkerdamm 1 – 24103 Kiel
Telefon: 0431-385 500 10

geschaeftsstelle@afd-schleswig-holstein.de



Alternative

**für
Deutschland**

www.afd-schleswig-holstein.de